

Stadtparlament

Wortprotokoll

17. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023 der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 28. September 2021, 18:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Ulrich Nägeli, Parlamentspräsident

Entschuldigt: Pascal Ackermann, SVP
Silke Sutter Heer, FDP/XMV

Anwesend Stadtparlament: 28

Anwesend Stadtrat: Dominik Diezi
Dieter Feuerle
Michael Hohermuth
Jörg Zimmermann
Luzi Schmid

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 17/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 17/2. Budget 2022 der Stadt Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 17/3. Reglement über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOR) / Änderung Art. 17
Redaktionslesung und Schlussabstimmung
- 17/4. Einbürgerungskommission
Ergänzungswahl und Wahl Präsidium
- 17/5. Redaktionskommission
Ergänzungswahl
- 17/6. Ergänzungswahl in Wahlbüro
Rücktritt Julia Miller, DIE MITTE
- 17/7. Stadthofareal, Zonenplanänderung und Änderung Baureglement
Bildung einer 7er-Kommission
- 17/8. Fragerunde

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Geschätzte Parlamentarier und Parlamentarierinnen, geschätzter Stadtpräsident, Stadträte, geschätzte Vertreter der Medien, geschätzte Besucher, herzlich willkommen zur 17. Parlamentssitzung vom 28. September 2021. Speziell begrüßen möchte ich das neue Parlamentsmitglied Islam Sadiki, SP/Grüne. Ich wünsche Dir viel Erfolg und das nötige Glück im Arboner Parlament.

Bevor wir mit der Sitzung beginnen, möchte ich Sie wiederum darauf aufmerksam machen, dass gemäss den Erläuterungen der COVID-19-Verordnung Besondere Lage die Maskentragpflicht für Innenräume gilt, in denen Parlamente oder Gemeindeversammlungen tagen, sofern diese Innenräume auch für das Publikum zugänglich sind. Ich bitte Sie daher, die Masken zu tragen. Während Wortmeldungen dürfen die Masken vor dem Mikrofon abgezogen werden. Die Lage ist unverändert und wir müssen darauf beharren. Danke für Ihr Verständnis.

Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ich hoffe, Sie haben sich während der Sommerpause gut erholt und Sie sind alle wieder bestens motiviert, um für Arbon zu politisieren. Das ist auch gut so, denn in Arbon bewegt sich vieles gerade jetzt zum Positiven. Auch an der heutigen Sitzung gibt es wieder wichtige Entscheidungen zu treffen. Oder anders gesagt: Auch heute drehen wir wieder an ein paar entscheidenden Stellschrauben für die Weiterentwicklung von Arbon und dessen Zukunft. Zurzeit haben wir in der Schweiz und in Europa, sogar auf der ganzen Welt sehr angespannte Situationen. Politisch sachlich zu argumentieren, ist schwierig. Lassen wir uns von dieser Entwicklung nicht anstecken. Mich ermutigen die vielen kurzen Gespräche und Begegnungen, die ich in der Sommerpause mit Bürgerinnen und Bürgern, Parlamentarierinnen und Parlamentariern und Stadträten wie auch unserem Stadtpräsidenten hatte. Stets diskutierten wir über das Verbindende, das Mögliche und nicht über das Trennende. Zeigen wir weiterhin wie bisher, dass es auf unserer kommunalen Ebene in Arbon möglich ist, pragmatisch nach vorn gerichtete Lokalpolitik zu betreiben. Besonders heute an dieser Sitzung können wir wichtige Impulse an unsere Gemeinschaft in Arbon und darüber hinaus senden. Wir müssen es nur möglich machen. In diesem Sinn wünsche ich uns allen eine lösungsorientierte, zukunftsgerichtete Parlamentssitzung. Die Sitzung ist hiermit eröffnet.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 28 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit ausserordentlichem Versand vom 31. August 2021:

- Stadt Arbon Budget 2022, Botschaft an das Stadtparlament

Mit Versand vom 8. September 2021:

- Stadthofareal Zonenplanänderung und Änderung Baureglement, Botschaft an das Stadtparlament
- Einfache Anfrage Wassertemperatur Schwimmbad Arbon von Jakob Auer, SP/Grüne, Beantwortung

- Einfache Anfrage Wie nachhaltig geht die Stadt mit Asphalt um? von Lukas Auer und Heidi Heine, beide SP/Grüne, Beantwortung

Mit Versand vom 14. September 2021:

- Budget 2022 der Stadt Arbon, Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
- Reglement über die öffentliche Sicherheit und Ordnung SOR, Änderung von Art. 17, Bericht der Redaktionskommission

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

- Das Protokoll der 16. Parlamentssitzung vom 29. Juni 2021 wurde vom Büro genehmigt und im Intranet aufgeschaltet.
- Gemäss Mitteilung des Fraktionspräsidenten heisst die DIE MITTE neu Die Mitte und die Fraktion Die Mitte/EVP. Bis zur nächsten Parlamentssitzung im November werden sämtliche Bezeichnungen angepasst.
- Die Beantwortung der beiden parlamentarischen Vorstösse Postulat «Prüfung einer Einheitsgemeinde, Zusammenschluss der Schulgemeinden auf dem Gemeindegebiet Arbon und der politischen Gemeinde Arbon» von Aurelio Petti, Myrta Lehmann, Migga Hug, Reto Neuber und Arturo Testa, alle Die Mitte/EVP und Einfache Anfrage «Digitales Stadtparlament» von Daniel Bachofen, SP/Grüne wären auf die heutige Sitzung fällig gewesen. Bei beiden verzögert sich die Beantwortung ein wenig. Ersteres, weil erst nach den Sommerferien der wichtige Austausch mit den Präsidenten der Schulgemeinden stattfinden konnte. Die einfache Anfrage wird inhaltlich an der nächsten Bürositzung besprochen. Da die heutige Sitzung sowieso für die Behandlung des Budgets reserviert ist, wird die Traktandierung ohnehin erst in einer der folgenden Sitzungen stattfinden.
- Am 18. Oktober 2021 findet um 18.30 Uhr im Foyer des Seeparksaals eine Infoveranstaltung zur Nutzungsstrategie Altstadt und dem Tourismuskonzept statt. Die Einladung liegt auf Ihren Tischen. Ich bitte Sie, diesen Termin zu notieren.

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarischen Vorstösse eingegangen:

- Einfache Anfrage Wie geht Arbon mit Cyber-Risiken um? von Daniel Bachofen, SP/Grüne
- Einfache Anfrage Altersdiskriminierung über 50 von Jakob Auer, SP/Grüne

Diese werden dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

- Die Interpellation Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Lukas Auer, Fabio Telatin, Heidi Heine, alle SP/Grüne und Esther Straub, Die Mitte/EVP
- die Interpellation Förderung Jungwähler/innen von Daniel Bachofen, Heidi Heine, beide SP/Grüne, Esther Straub, Die Mitte/EVP und André Mägert, Silke Sutter-Heer, beide FDP/XMV
- die Interpellation Benchmarking von Cyrill Stadler, FDP/XMV
- und die Interpellation Mit dem Velo sicher und komfortabel durch Arbon von Linda Heller, Cornelia Wetzel, Aurelio Petti, alle SP/Grüne

gehen nun in Zirkulation.

Einfache Anfragen:

- Die Einfachen Anfragen Wassertemperatur Schwimmbad Arbon von Jakob Auer, SP/Grüne
- und Wie nachhaltig geht die Stadt mit Asphalt um? von Lukas Auer und Heidi Heine, beide SP/Grüne

wurden mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Einfachen Anfragen gelten somit als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission EBK:

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Christine Schuhwerk, Vizepräsidenten EBK: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurden an der EBK-Sitzung vom 5. Juli 2021

- Sulejmani Ljulijeta, 1981, Nordmazedonien
- Franz Susanne, 1950, Deutschland

An der EBK-Sitzung vom 31. August 2021:

- Fetai Suela, 2005, Nordmazedonien
- Hauber Tobias, 1981, Deutschland
- John Sagrario, 1973, Venezuela

Pendenzen: Im Moment liegen insgesamt 20 Gesuche von 34 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon wurden 2 Gesuche zurückgestellt.

2. Budget 2022 der Stadt Arbon

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Zu diesem Traktandum möchte ich speziell Pascal Bächler von der Finanzverwaltung begrüßen. Er wird verdankenswerterweise Änderungen aus der heutigen Sitzung aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns nach einer kurzen Pause das aktuelle Endergebnis vorliegen.

Die Botschaft des Stadtrats zum Budget 2022 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2022 vorberaten. Der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor. Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern. Zuerst erfolgt das Eintreten, dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats, kapitelweise durchgehen. Dazu können Fragen gestellt werden. Die Erfolgsrechnung werden wir mit dem gelben Teil behandeln. Ich werde jeweils die Seiten und Funktionen nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen. Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Präsident der FGK das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen und bleibt dieser Antrag unbestritten, gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder von einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag der FGK abgestimmt. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein weiterer Antrag gestellt, werden gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst der Änderungsantrag, d. h. der Antrag der FGK und die Anträge der Parlamentsmitglieder einander gegenübergestellt, danach wird der obsiegende Antrag dem Hauptantrag des Stadtrats gegenübergestellt und darüber abgestimmt. Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich verfahren und diese einander gegenüberstellen. Den obsiegenden Antrag werden wir wiederum dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen. Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung des Investitionsplans (grüner Teil) weiterfahren. Zum Finanzplan (rosa Teil) können im Anschluss wiederum Fragen gestellt werden.

Cyrril Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Sie haben das Budget 2022 und den Finanzplan 2023-2025 und den dazugehörigen Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission FGK in schriftlicher Form erhalten. Ich werde es wie gewohnt unterlassen, Ihnen den Bericht oder Passagen daraus vorzutragen und konzentriere mich in meinem Votum als Präsident der vorberatenden Kommission auf die Ergänzungen, welche Sie teilweise vielleicht schon zwischen den Zeilen gefunden haben.

Das zur Diskussion stehende Budget weist eine ausgeglichene Rechnung aus. Die FGK hat insbesondere auch im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Steuersenkung das Budget geprüft. Ich rufe in Erinnerung, 1 Steuerprozent = CHF 250'000, 4 Steuerprozent = CHF 1 Mio.

Zwei von drei Aufgaben der FGK betreffen das Budget oder, wie es in der Gemeindeordnung noch veraltet heisst, den Voranschlag. Auftrag 1: Vorberatung und Überprüfung des Voranschlags, des Jahresberichts und der Jahresrechnung. Auftrag 2: Antragstellung an das Parlament betreffend Voranschlag, Jahresbericht und Jahresrechnung. Auftrag 3: Einsicht und Überprüfung sämtlicher Beschlüsse und abgeschlossener Geschäfte, soweit sie dies für die Geschäftsprüfung als notwendig erachtet. Sie sehen, die FGK hat eigentlich weite Befugnisse und es ist ihre Pflicht, den Voranschlag zu beraten und Ihnen als Rat über unsere Vorberatungen Bericht zu erstatten. Das haben wir gemacht. In definitiv zu kurz bemessener Zeit. Das müssen wir ändern, sonst kann die FGK ihren wenigen Aufgaben nicht gerecht werden. Für künftige Beratungen haben wir im Bericht eine minimale Anzahl Tage gefordert, um unsere Arbeit zu erledigen. Das haben wir schon im letzten Bericht über das Budget 2021 gemacht. Leider war die Zeit dieses Mal nicht grosszügiger, sondern enger bemessen. Der Zeitdruck entsteht durch das auf das Vorjahr des Budgetzeitraums verschobene Abstimmungsdatum – eine Vorgabe des Kantons. Lösen können wir diesen Zeitdruck teilweise durch eine Anpassung der Gemeindeordnung. Andere Gemeinden mit einem Parlament lassen nur noch über eine allfällige Steuersatzänderung abstimmen und geben die Abstimmung für das Budget in die Kompetenz des Parlaments. Das könnte Arbon auch. Wir müssen jedoch die Gemeindeordnung zügig mindestens in Teilen revidieren. Man könnte dann bei dieser Gelegenheit auch einige veraltete Begriffe wie den Voranschlag aus der Gemeindeordnung entfernen.

Erstmals in der Geschichte der FGK passt diese die Steuerschätzungen des Stadtrats an. Zwar ist diese Anpassung moderat, sie begründet sich aber in der Berechnung der Daten und in den bisherigen Abweichungen der Schätzungen. Die Budgetabweichungen in den letzten drei Jahren kamen jeweils zu einem beträchtlichen Teil aus unterschätzten Steuereinnahmen. Mit der vorgeschlagenen Anpassung will die FGK auch ein Zeichen setzen. Die weiteren Anträge der FGK finden Sie zusammengefasst im Bericht. Ich werde in der Detailberatung die jeweiligen Anträge, wie es der Präsident formuliert hat, stellen. Es sind nicht nur Anträge, welche das Budget entlasten. Bei einigen Ausgaben ist die FGK überzeugt, dass diese höher ausfallen werden als vom Stadtrat prognostiziert.

Die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg macht in der FGK wirklich Spass. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission ganz herzlich für die freundschaftliche und produktive Arbeitsweise. Nur dank einer disziplinierten Mitarbeit und Vorbereitung von allen war es möglich, in der Zeit den Bericht für das Parlament zu erstellen. Einschliessen in den Dank möchte ich die Stadträte und die involvierten Mitarbeitenden in der Verwaltung, allen voran Pascal Büchler. Die Budgetsitzungen haben sich vor allem über das Summer-Days-Wochenende hingezogen. Der Summer-Days-Freitag ist in der Stadtverwaltung auch noch ein Brückentag. Das freut mich natürlich als Veranstalter, aus Sicht des FGK-Präsidenten weniger. Die Freude überwiegt allerdings. Die Anträge, die Ihnen die FGK stellt, haben wir Ihnen schriftlich formuliert und im Bericht zusammengefasst. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche eine gute Budgetberatung.

Migga Hug, Die Mitte/EVP: Die Mitte/EVP-Fraktion hat sich an zwei Sitzungen mit dem vorliegenden Budget auseinandergesetzt und kommt zu einer einheitlichen Meinung. Im Vorfeld waren wir eher zurückhaltend gestimmt zu einer bevorstehenden Steuersenkung. Im Verlauf des Budgetprozesses, verbunden mit der Detailberatung und den Diskussionen sind wir zur festen Überzeugung gekommen, dass es jetzt der richtige Zeitpunkt ist, diesen Schritt mit der 4%-Reduktion zu machen. Und nebenbei: Die rote Laterne nicht mehr allein zu tragen. Nach drei guten Jahren und den sehr guten Aussichten für das laufende Jahr ist der Zeitpunkt da, um eine Steuersenkung anzupacken, denn die Verschuldung konnte um CHF 12 Mio. reduziert werden. Wir müssen nicht auf Vorrat sparen. Wir investieren lieber in den Wirtschaftsstandort Arbon. Wir haben ein Pro-Kopf-Vermögen im Gegensatz zur Stadt Amriswil, welches zwar einen tiefen Steuersatz hat, jedoch eine Verschuldung von über CHF 4'000 pro Kopf aufweist. Wir können uns diese Steuersenkung leisten. Wenn wir bei den Investitionen den laufenden Unterhalt einbeziehen, kommen wir auf über CHF 5 Mio., das ist gut. Wenn Sie die Baustellen in Arbon betrachten, wollen und können wir eigentlich gar nicht mehr im Strassenbau investieren. Die

Romanshorner investieren im Vergleich im Moment ca. 30 % weniger. Die langfristigen Investitionen sind noch nicht genau zu beziffern.

Die starke Erhöhung des Stellenetats im Vergleich zum Vorjahr unterstützen wir. Wir sehen, dass in der Stadt Arbon sehr viele Themen konkret am Laufen sind. Diese können nur mit mehr Schlagkraft abgearbeitet werden. Diese innere Qualität führt schlussendlich zu einem Mehrwert für die Bevölkerung. In dieser Personalerhöhung von über CHF 500'000 enthalten sind 0.8 % gesetzliche Lohnanpassungen, also CHF 75'000. Dazu kommt die vom Kanton auferlegte 100%-Stelle. Somit reden wir quasi nur noch von einer Summe von CHF 350'000 Erhöhung im Personalbereich.

Die Mitte/EVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und den Abteilungsleitern für diese Budgetierung und sehr schnelle Beantwortung aller Fragen. Auch bedanken möchten wir uns bei der FGK für den geleisteten Effort und den sehr guten Bericht. Der Budgetprozess war letztes Jahr schon knapp und dieses Jahr eigentlich unzumutbar. Das muss geändert werden. Ich bin sehr gespannt auf die Kontrolle der Rechnung 2022, um zu sehen, ob die von der FGK errechneten Abweichungen oder der Vorschlag der Stadt eher der Wahrheit entspricht. Schlussendlich sind es alles Prognosen. Wir sind mit fast allen Anträgen der FGK einverstanden.

Rudolf Daepp, SVP: An dieser Stelle möchten wir dem Stadtrat und den Abteilungen für das frühe und rechtzeitige Erstellen des Budgets bestens danken. Unser Dank geht auch an die FGK, welche das Budget in einer sportlich angesetzten Zeitdauer bearbeitet und geprüft hat. Dies war möglich dank guter Zusammenarbeit innerhalb der FGK. Trotzdem sollte für zukünftige Prüfungen aber mehr Zeit eingeräumt werden, sind doch die FGK-Mitglieder Milizparlamentarier.

Es ist erfreulich, dass uns trotz der geplanten Steuersenkung um 4 % ein Budget mit einem kleinen Überschuss präsentiert wird. Dank sehr optimistisch budgetierter Steuererträge kann diese Senkung verantwortet werden. Die vorgesehenen 0.8 % Erhöhung für individuelle Lohnerhöhungen sowie der geplante Ausbau des Personaletats um 5 % verpflichtet auch für qualitative Leistungserbringung. Die Stossrichtung, welche jetzt das Budget 2022 zeigt, gefällt der SVP-Fraktion. Es basiert nicht nur auf Mehreinnahmen, sondern sehr viele Punkte wurden durch Einsparungen erreicht. Ein Hauptbrocken der Einnahmen stammt aus Einnahmen von Baugesuchen und Handänderungssteuern, welche nur bedingt beeinflussbar sind.

Die Nettoinvestitionen von CHF 4.637 Mio. beinhalten nur das Nötigste. Den Finanzplan haben wir zur Kenntnis genommen und keine Bemerkungen dazu.

Die Fraktion SVP kann weitgehend den Anträgen der FGK zustimmen, woraus in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von CHF 102'935 erfolgt. Auch mit der vorgelegten Investitionsrechnung sind wir einverstanden. Es ist erfreulich, wie sich Arbon entwickelt. Wir sind für Eintreten.

Lukas Graf, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne dankt dem Stadtrat für das Budget 2022 sowie für die konstruktive Zusammenarbeit mit der FGK in der Vorbereitungsphase. Danken möchte ich im Namen der Fraktion auch der FGK selber und vor allem ihrem Präsidenten Cyrill Stadler. Es brauchte von allen Beteiligten viel Einsatz, um ein Budget in so kurzer Zeit durchzuberaten und einen ausführlichen Bericht zu erstellen. Dass der aktuelle Modus angepasst werden muss, steht jedoch ausser Frage und wurde mit dem Stadtrat auch so besprochen.

Es ist äusserst erfreulich, dass wir nun an diesem Punkt stehen. Vier Jahre nachdem die FGK das Budget an den Stadtrat zurückgewiesen hat, der Antrag auf Steuererhöhung in der FGK bereits eine beschlossene Sache war und schliesslich der Kanton mehr Ausgleich für die hohen Sozialhilfekosten zugesichert hat. Nach nur vier Jahren stehen wir am Punkt, an dem wir einen Antrag auf Steuersenkung diskutieren. Wie gesagt, das ist sehr erfreulich und wir teilen die positive Grundhaltung des Stadtrats weitgehend. In diesen vier Jahren hat sich viel bewegt und es wurde einiges erreicht. Ich möchte aber davor warnen, den Erfolg allzu sehr zu internalisieren.

Für den Turnaround waren in erster Linie externe Faktoren verantwortlich. Das Wirtschaftswachstum, der boomende Immobilienmarkt und die zusätzlichen Ausgleichsgelder waren die Hauptgründe für die positive Entwicklung der Steuereinnahmen resp. der Sozialhilfekosten. Und nicht einmal die Pandemie hat das grundlegend geändert, zumindest deutet aktuell noch nichts darauf hin.

Nach vier positiven Rechnungsabschlüssen – ich zähle da die Rechnung 2021 schon mal mit – verfügt Arbon über ein Nettovermögen. Es ist folgerichtig, in dieser Situation eine Steuersenkung in Betracht zu ziehen. Es ist jedoch auch folgerichtig, dass nun in die Zukunft investiert wird. Und damit meine ich jetzt noch nicht einmal die eigentliche Investitionsrechnung, sondern die Personalkosten. Diese werden in der Rechnung 2021 die gleiche Höhe haben wie 2012, und das in absoluten Werten. Gemessen an der Einwohnerzahl oder am Gesamtaufwand sind die Personalkosten in den vergangenen Jahren stetig gesunken und Arbon braucht sich diesbezüglich auch im Gemeindevergleich nicht zu verstecken, wie eine Subkommission der FGK kürzlich aufgezeigt hat. Es ist daher richtig und wichtig, nun zusätzlich personelle Ressourcen aufzubauen, um die wachsenden Aufgaben bewältigen zu können. Dazu gehört auch ein professionelles HR-Management, wie es jedes KMU gleicher Grösse längst hätte. Die Fraktion SP/Grüne anerkennt den Aufholbedarf beim Personal und ist entschieden dagegen, die städtische Entwicklung durch Streichungsanträge beim Personal zu bremsen.

Sorge bereitet uns der Finanzplan. Mit der Rechnung 2021 wird die Stadt zum fünften Mal in Folge eine Rechnung mit einem zu schwachen Investitionsanteil von unter 10 % präsentieren. Und auch im vorliegenden Budget ändert sich daran nichts. Die grossen Investitionen folgen im Finanzplan erst ab übernächstem Jahr. In den kommenden 10 Jahren sollen CHF 65 Mio. investiert werden. Und dies noch ohne Sanierung der Deponien. Bereits ab 2023 besteht wieder neuer Fremdkapitalbedarf, dabei ist die Planung der grossen Aufwandsposten im Finanzplan äusserst optimistisch. Wir sind daher der Meinung, dass die Steuern langsamer gesenkt werden sollten und werden in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen. Ansonsten unterstützen wir alle Anträge der FGK. Auch jenen, die Steuererträge vom Wachstum her grundsätzlich höher zu budgetieren. Wir selbst werden in der Detailberatung keine weiteren Anträge stellen.

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Ich erlaube mir auch ein paar Bemerkungen zum Eintreten, weniger zur Beantwortung von Fragen, sondern zum Eintreten aus Sicht des Stadtrats. Ich möchte mich zuerst für die wohlwollende Aufnahme des Budgets 2022 bedanken. Ein spezieller Dank meinerseits geht an die FGK unter ihrem Präsidenten für die konstruktive Begleitung des Budgetprozesses.

Die Stadt Arbon wächst, im Verlauf des Monats August haben wir die Marke von 15'000 Einwohnern überschritten, der Bau brummt, wir werden dieses Jahr voraussichtlich eine rekordhohe Anzahl Baugesuche zu bearbeiten haben. Das stellt uns auch ziemlich vor Herausforderungen. Auch bei den Steuern macht sich dieser Boom bemerkbar, insbesondere die liegenschaftsgebundenen Steuern sprudeln üppig. Auf der anderen Seite haben wir bis jetzt keine Anhaltspunkte, dass die Coronapandemie im Jahr 2022 wesentliche Spuren hinterlassen wird, weder bei den Steuereinnahmen noch bei den Sozialhilfeausgaben. Diese Entwicklung ist erfreulich, sie zeugt von der Attraktivität unserer Stadt. Der Stadtrat will Arbon wirtschaftlich und vor allem auch finanziell weiter konsolidieren und voranbringen. Dafür ist mittelfristig eine Erhöhung der Steuerkraft wichtig. Der Stadtrat will deshalb weiter in die Zukunft Arbons investieren und er will an ganz verschiedenen Orten ansetzen. Ich möchte hier sechs Punkte anführen.

1. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, vor allem mit höherer Wertschöpfung. Die soeben präsentierte Standortstrategie weist da den Weg.
2. Wir wollen touristisch mehr Wertschöpfung erzielen. Das Tourismuskonzept, das demnächst vorgestellt wird, liefert Anhaltspunkte, wie das gehen soll.
3. Wir wollen unsere Altstadt beleben. Die entsprechenden Massnahmen sind in der Nutzungsstrategie Altstadt enthalten, die wir ebenfalls nächstens vorstellen werden.

4. Wir wollen nach wie vor ein attraktiver Wohnstandort sein. Die laufende Ortsplanungsrevision liefert dazu Antworten, wo wir die künftigen attraktiven Standorte sehen.
5. Wir wollen in unser Personal investieren. Um all die wichtigen Massnahmen zur Stärkung des Wirtschafts- und Wohnstandorts Arbon umsetzen zu können, brauchen wir auch die entsprechenden personellen Ressourcen. Insbesondere ist es auch wichtig, dass wir eine Personalassistentenstelle schaffen, die sich wirksam um die Belange unserer immerhin rund 130 Angestellten kümmert.
6. Schliesslich ist der kantonal aktuell höchste Steuerfuss gleichsam ein Mühlstein um den Hals unserer Stadt. Der Steuerfuss ist daher zu senken. Dies ist ein erklärtes Ziel der aktuellen Legislaturplanung. Der Stadtrat hat sich hier den gestellten Antrag gut überlegt, er ist schliesslich zum Schluss gekommen, dass jetzt die Zeit reif ist und wir diesen Schritt wagen sollten. Das ist ein wichtiges Signal gegen aussen, dass sich in Arbon wirklich etwas bewegt.

Ich möchte noch anmerken, dass ich im Lauf der Debatte zu den Änderungsanträgen der FGK, sofern sie auf anderen Schätzungen der FGK als unserer Verwaltung beruhen, nicht weiter Stellung nehmen werde. Wie es dann rauskommt, werden wir sowieso im nächsten Jahr sehen. Da wird es vom Stadtrat keine Widerstände geben.

Vielleicht noch eine Bemerkung zum Zeitlichen. Es wurde ja zu Recht gesagt, dass dieser Zeitdruck, der hier entstanden ist, nicht im Sinn des Stadtrats ist, sondern eine Folge, dass wir die Volksabstimmung bereits im Jahr, bevor das Budget wirksam wird, durchführen müssen und daher alles ziemlich eng ist. Auch für uns war das eine ziemliche Übung. Wir werden jetzt schauen, ob der Stadtrat hier allenfalls das Budget - mindestens die erste Lesung – bereits vor der Sommerpause verabschieden kann, denn auch aus unserer Sicht, wenn man innert zwei Tagen 30 oder 60 Fragen beantworten muss, ist das natürlich an der Grenze, was auf unserer Seite bewältigt werden kann.

Ja also, machen wir mehr aus Arbon. Ich lade Sie ein, gemeinsam mit dem Stadtrat eine weitere wichtige Etappe in Angriff zu nehmen und in die Zukunft Arbons zu investieren. Mutig, beherzt und zuversichtlich. Ich danke Ihnen.

Eintreten ist obligatorisch.

Materielle Beratung.

Kapitel 1 Hochrechnung 2021, S. 3-4

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich spreche zum Verbalbericht des Stadtrats zum Budget, unterzeichnet von unserem Stadtpräsidenten und der neuen Stadtschreiberin Alexandra Wyprächtiger, beides Profis. Ich zitiere aus dem unteren Absatz auf S. 3 Hochrechnung 21: "Demgegenüber stehen die steigenden Gesundheitskosten, welche weiter steigen." Steigende Gesundheitskosten steigen weiter? So ein Deutsch! Nicht einmal gemeint sein kann, dass die Gesundheitskosten progressiv steigen, gewissermassen der Anstieg steigt. Dies hat erst unsere parlamentarische Kommission festgestellt und entsprechend korrigierenden Antrag gestellt. Wenn ich schon zum Formellen spreche, auf S. 5 unten: Das Budget sei aufgrund des heutigen Wissensstands erstellt worden. Ja hoffen wir doch, dass es auf dem aktuellen Wissen beruht. Auf S. 6 bei der Begründung zur Arbeitsstellenaufstockung im Stadtpräsidium lesen wir: "Aufgrund der Fortschreitung der Konzeptionen sowie Strategien zur Förderung des Standorts Arbon sowie der Entwicklung Altstadt Arbon ist für die Umsetzung eine Stelle für die Übernahme der Projekte vorgesehen." Ist das Deutsch? Was ist damit gemeint? Ein Übersetzungsversuch: "Aufgrund des Fortschritts bei den Konzepten und Strategien zur Förderung des Standorts und zur Entwicklung der Altstadt Arbon ist für die Umsetzung dieser Konzepte und Strategien eine neue Stelle

vorgesehen." In diesem Zusammenhang noch etwas: Wohltuend unterscheidet sich der Bericht unserer FGK vom Verbalbericht des Stadtrats. Applaus für unsere FGK und ihren formellen Bericht. Amateure schlagen offensichtlich Profis und dies erst noch unter Zeitdruck. Ich bitte den Stadtrat, d. h. die Profis, um ein etwas sorgfältigeres Verfassen seiner Rechtsschriften.

Kapitel 10 Personalaufwand S. 19-21

Lukas Auer, SP/Grüne: Hier schreibt der Stadtrat Folgendes: "Eine generelle Lohnerhöhung ist nicht vorgesehen." Der Satz davor lautet: "Die Mitarbeitenden haben auch dieses Jahr unter schwierigen Bedingungen eine grosse Flexibilität und viel Einsatzwillen gezeigt." Warum ist der Stadtrat nicht auf die Wünsche oder die Forderung der Personalkommission im Schreiben vom 16. Juni 2021 eingegangen? Warum schätzt der Stadtrat das Personal nur in Worten oder in Dankesagen mit einem Hand- oder einem Faustgeben und nicht mit mehr Geld Ende Monat auf dem Konto? Ich möchte gern noch zwei Sätze ergänzen. In den letzten zehn Jahren wurde in Bezug auf die Lohnerhöhungen immer wieder bei den Personalkosten gespart. Es gab auch die sogenannten Nullrunden bzw. wurde dem Personal nur eine geringe oder kleinere generelle Lohnerhöhung gewährt, da besonders schlechte Jahresabschlüsse erwartet wurden. Klar, kein Geld keine Lohnerhöhung, da sind wir uns einig. Seit 2018 erzielt die Stadt Arbon stets Ertragsüberschüsse von mehr als CHF 4 Mio. Im Jahr 2020 hat sich der Gewinn gegenüber 2019 nochmals um mehr als CHF 400'000 erhöht. Aktuell ist von keiner Verschlechterung auszugehen. Die im letzten Jahr seitens des Stadtrats erwähnten Prognosen, wie zum Beispiel die Mindereinnahmen bei den juristischen Personen, haben die Jahresrechnung somit nicht stark getroffen. Ich möchte vom Stadtrat wissen und ich will eine ehrliche Antwort und nicht einfach ein Dank dafür, dass ich die Frage gestellt habe: Warum ist der Stadtrat nicht auf die Forderung oder auf die Wünsche der Personalkommission eingegangen?

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Danke für diese Frage, die ich sehr gern beantworte. Ich beantworte eigentlich Fragen immer ehrlich. Es ist natürlich das Gegenteil der Fall. Wir hatten nicht nur einen feuchten Händedruck als Dank. Es hat ja riesige Diskussionen gegeben, ich nehme an, du kannst dich auch noch erinnern, weil wir ja 0.8 % individuelle Lohnerhöhung gewährt haben. Es gibt die beiden Kategorien, die generelle Lohnerhöhung auf der einen Seite und die individuelle Lohnerhöhung auf der anderen Seite. Die generelle Lohnerhöhung ist gedacht, um Kaufkraftverluste auszugleichen. Wir hatten keinen Kaufkraftverlust, wir hatten sogar einen Vorsprung auf die Teuerung. Hingegen haben wir letztes Jahr 0.8 % individuelle Lohnerhöhung gewährt. Wie gesagt, das gab ja grosse Diskussionen, weil viele letztes Jahr wirklich Nullrunden gemacht haben, gerade bei der öffentlichen Hand. Wir haben das eben nicht gemacht. 70 % der Mitarbeitenden sind in den Genuss dieser Lohnerhöhung gekommen. Dann gab es auch solche, die ausserordentliche Lohnerhöhungen erhalten haben, weil irgendeine Funktionsveränderung da war oder die neu zu uns gestossen waren, wo es ein Sonderregime gab. Dann gibt es halt die, die oben anstehen oder wo die Leistungen wirklich nicht genügen, die nichts zusätzlich bekommen haben, so zum Beispiel auch der Stadtrat. Der kriegt dann halt nichts, wenn es keine generelle Lohnerhöhung gibt, dann bleibt er beim festgesetzten Lohn. Von da her waren wir verglichen mit den öffentlichen Körperschaften in der Schweiz letztes Jahr sogar sehr grosszügig mit dem Personal. Aber keine generelle Lohnerhöhung, weil es teuerungsmässig nichts auszugleichen gab.

Erfolgsrechnung

S. 1 0110 Legislative

0110.3001.01 Sitzungsgelder Kommissionen

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Das sind eigentlich schon fast formale Anträge. Beim Konto 0110.3001. Sitzungsgelder Kommissionen geht es darum, dass hier CHF 15'000 budgetiert wurden, im letzten Jahr waren es CHF 25'000. Die FGK sieht nicht, warum nächstes Jahr weniger Kommissionssitzungen sein sollen. Die Antwort des Stadtrats ging dann auch in dieselbe Richtung, dass tatsächlich CHF 25'000 budgetiert würden, aber das hat sich im gedruckten Budget nicht wiedergefunden. Wir gehen von einem internen Budgetfehler aus. Die FGK beantragt Ihnen einstimmig, hier wieder auf CHF 25'000 zu erhöhen.

0110.3636.01 Abstimmungsbeiträge an Fraktionen

Beim Konto 0110.3636.01 geht es um die CHF 6'000, die im Budget jeweils eingestellt waren für Abstimmungskomitees. Sie kennen das, wir haben das im Parlament beantragt und diskutiert, dass für Abstimmungskomitees jeweils ein Betrag zur Verfügung steht, der dann unter den jeweiligen Pro- und Contra-Komitees aufgeteilt wird. Im Budget war dieser Betrag nicht mehr drin. Wir gehen davon aus, dass es durchaus möglich wäre, dass es auch auf kommunaler Ebene eine Abstimmung 2022 geben könnte. Entsprechend beantragen wir Ihnen, den Betrag wiederaufzunehmen.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelten die Anträge als stillschweigend angenommen.

S. 2 0120 Exekutive

0210.3010.00 Besoldungen

Rico Baettig, FDP/XMV: Ich muss mich entschuldigen, ich würde gern einen Rückkommensantrag zum Konto 0210.1300 machen. Anscheinend gingen wir so schnell durch, dass ich das verpasst habe und mangels Budgeterfahrung im Stadtparlament das gar nicht merkte. Wir von der Fraktion FDP/XMV sind einstimmig der Meinung, dass eine Verbesserung des Personalwesens erforderlich ist. Eine Aufstockung des Personalaufwands begrüssen wir, aber nicht in diesem Tempo und nicht in diesem Umfang. Angesichts der bevorstehenden Steuersenkung wäre eine etwas moderatere Gangart gut. Wir stellen daher den Antrag, die neue 60%-Stelle Personalmanagement LK 7 in Höhe von CHF 49'500 auf einen späteren Zeitpunkt zu budgetieren. Nach all den Jahren mit finanziellen Problemen und Schwierigkeiten, schwindendem Eigenkapital der Stadt St. Gallen wäre es aus Sicht der Arboner Bevölkerung sicher ein falsches Zeichen, grosszügig die Steuergelder mit beiden Händen auszugeben, nur, weil es den Stadtfinanzen etwas besser geht. Etwas Bescheidenheit ist angebracht. Jetzt ist es auch an der Zeit, Reserven anzulegen.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP hat, wie bereits unser Fraktionspräsident in seinem Eintretensvotum vorgetragen hat, das Budget 2022 eingehend analysiert und diskutiert und informiert, dass die Fraktion Die Mitte/EVP die vom Stadtrat und mehrheitlich von der FGK beantragte Steuersenkung von 4 % unterstützt. Das als Vorschub. Das schliesst die gesamte beantragte Erhöhung des Personalbudgets um CHF 525'000 mit ein. Der Stadtrat hat die Notwendigkeit aller beantragten zusätzlichen Personalkosten erklärt. Denn die vielen laufenden wichtigen Projekte der Stadt Arbon, die weiterhin grosse Bautätigkeit und die grosse Schwierigkeit, geeignete und dringend notwendige Fachkräfte einzustellen, machen es auch notwendig, zusätzliche Ressourcen wie ein Personalmanagement einzusetzen. Vorderhand verzichtet die Stadt jedoch auf die Einstellung eines Personalchefs und ist überzeugt, dass die anfallenden Arbeiten im Personalwesen mit einer 60%-Stelle bewältigt werden können. Ausgerechnet in diesem sensiblen Bereich will die FDP/XMV-Fraktion sparen. Wir können das nicht nachvollziehen. Die FDP/XMV-Fraktion will natürlich – wie wir alle auch – eine effiziente und dienstleistungsorientierte Verwaltung, die zeitnah mit bester Qualität ihre Aufgaben erledigt und somit einen spürbaren Mehrwert für Arbon und seine Bürgerinnen und Bürger erbringt. Die Einsparung für diese Stelle würde jährlich eben CHF 49'500 betragen. Soll hier wirklich gespart werden? Wir meinen nein. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist der Überzeugung, dass die Einstellung

einer 60%-Stelle im Personalmanagement mehr als deutlich ausgewiesen ist und lehnt den Antrag der FDP/XMV einstimmig ab. Wir bitten Sie, den Antrag ebenfalls abzulehnen.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Rico Bättig, falls das ein Antrag ist, bitte ich dich, ihn schriftlich einzureichen.

Jakob Auer, SP/Grüne: Braucht die Stadt Arbon eine HR-Stelle? Als Manager/in in einer Personalabteilung eines Unternehmens sind der Zuständigkeitsbereich definiert, die Strategie, die Abläufe und Prozesse als auch die Effizienz und Qualität der gesamten Personalabteilung. Dies umfasst aber auch alle Belange und Aufgaben rund um das Personal des Unternehmens wie zum Beispiel Verwaltungsaufgaben, die Mitarbeitergewinnung, Personalentwicklung, die Entlassung von Mitarbeitenden, zentrale Anlaufstelle, Betreuung vom Einstieg bis zum Ausscheiden, Abklärungen, Weiterbildungen bei juristischen Angelegenheiten, Verträgen, Abrechnungen, Planung für Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden. Analytisches Verständnis bis hin zur Fähigkeit sind Grundvoraussetzungen, auch ein Gespür für Menschen. Bei Bewerbungsgesprächen ist das Erkennen von Talenten massgeblicher Einfluss auf den Erfolg eines Unternehmens, strategische und nachhaltige Planung sowie eine geeignete Unternehmenskultur. Ziel dabei ist es, mit qualifizierten und hochmotivierten Fachkräften in einer entspannten Atmosphäre effektiv arbeiten zu können. Dies ist nur ein Teil des Aufgabenbereichs einer HR-Stelle. Ich bezweifle nicht, dass das eine oder andere auch heute schon gemacht wird. Und einfach die Aufgaben auf drei oder mehrere Personen zu verteilen, ist auch nicht die Lösung, da für eine HR-Stelle noch folgende Voraussetzungen von Personalwirtschaft und Arbeitswissenschaft notwendig sind: Arbeitsrecht, Sozialrecht, Wirtschaftspädagogik, Datenschutz usw. Mir ist bewusst, dass die Anforderungen hoch sind, denn zusammenfassend hat das Personalmanagement zur Aufgabe, Arbeitskräfte den Unternehmenszielen entsprechend auszuwählen, einzusetzen und zu fördern. Die Begründung, die ich jetzt gelesen habe, um den Antrag der FDP/XMV abzulehnen, ist ein Inhaltsteil eines geplanten Vorstosses zur Schaffung einer HR-Stelle von mir und meinem Sohn, der auf dem Tisch liegt, aber bei einer Zustimmung bzw. einer Ablehnung des FDP/XMV-Antrags hinfällig wird. Ich bitte euch, den Antrag der FDP/XMV abzulehnen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Das ist ein super Antrag, wir müssen aber Folgendes noch beachten: Wir haben in der Stadt Arbon über 100 Angestellte. Wir haben ein externes Personalbüro beauftragen müssen, um zwei Kaderstellen zu suchen. Das sind mehrere Tausend Franken, die wir in den letzten zwei, drei Jahren auswärts gegeben haben für zwei Stellen. Mein Vorredner hat es gesagt. Wir sind hier ein bisschen in der Verantwortung. Unser Stadtpräsident ist wie in jeder Stadt der Personalchef. Ich sehe es auf den sozialen Medien und durch persönliche Gespräche. Er hat nicht noch zusätzlich on top Zeit, um Personal zu führen. Er muss dort sein, hier sein, am liebsten an drei Orten gleichzeitig. Die Leute, die das Personal bis jetzt geführt haben, sind nicht mehr in der Stadt Arbon tätig. Wer macht es jetzt? Stadtpräsident Dominik Diezi. Besten Dank für vier weitere Stunden Arbeit pro Woche. Gut, bist du im Kaderlohn und nicht auf Stundenbasis angestellt. Ich finde es auch mutig, dass der Stadtrat vorsichtig mit 60 % kommt. Eine 100%-Stelle wäre wahrscheinlich realistisch bei diesem Ausmass an Personal, was die Stadt Arbon zu führen hat. Ich kann Ihnen sagen, wenn die Stadt Arbon ihr Personal nicht sauber führt, Probleme macht, dann stehen diese Leute bei mir am Schalter. Und ich bin froh, wenn die Stadt Arbon einen Personalchef oder eine Personalchefin hat, damit ich in der Gewerkschaft weniger Arbeit habe. Ich bin auch froh, dass der Stadtrat endlich ein offenes Ohr hat für eine Personalstelle. Ich bitte Sie, den Antrag der FDP/XMV-Fraktion abzulehnen. Wir müssen Verantwortung übernehmen gegenüber dem Personal der Stadt Arbon.

Cyrril Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Jetzt wird es schon ein bisschen plakativ, wenn man sich vorstellt, der arme Stadtpräsident, der da noch vier Stunden in der Woche zusätzlich arbeiten muss, um noch das Personalmanagement zu machen. Ich hoffe nicht. Ich hoffe auch nicht, wenn Sie unserem Antrag der FDP/XMV-Fraktion zustimmen. Der Antrag soll nicht betonieren, dass wir keine Personalstelle in Arbon schaffen und diese besetzen werden. Die FDP/XMV-Fraktion möchte Ihnen beliebt machen, dass in einem Jahr ein Anstieg der Personalkosten um CHF

532'000 in der Geschichte der Stadt Arbon, seit wir das Parlament führen, noch nicht vorgekommen ist. Wir haben uns überlegt, welche Stellen es jetzt sofort braucht, welches die wichtigsten sind und welche Stellen man vielleicht noch ein Jahr, vielleicht zwei Jahre nach hinten schieben könnte, um diesen ganzen Prozess auch als Stadt verdauen zu können. Plakativ war auch die Formulierung mit den über 100 Angestellten. Ja Köpfe, aber nicht über 100 Vollzeitstellen. Hinzu kommt, dass der Werkhof eine eigene Einheit ist. Dort gibt es einen Patron, ein Teil der Mitarbeitenden ist dort geführt, und zwar sehr, sehr gut geführt, direkt geführt, da braucht es wirklich keine zusätzliche Managementstelle, um das bewältigen zu können. Wir sind der Ansicht, es geht schnell vorwärts mit den Personalkosten. Personalkosten sind laufende Kosten, die jährlich wiederkommen. Das soll gut überlegt sein, und es gibt in dieser Liste Prioritäten, die wir jetzt anpacken müssen. Das ist die Stelle mit der Stadtentwicklung, da sehen wir Potenzial, die sehen wir als richtig und wichtig und jetzt sofort. Und bei zwei anderen Stellen ist die FDP/XMV-Fraktion der Meinung, dass das vielleicht ein Jahr warten kann. Aus diesem Grund haben wir Ihnen diese Anträge gestellt und wir möchten weder plakative Botschaften transportieren, noch irgendwo auf die Spartränendrüse drücken, sondern es geht uns darum, langsame, überlegte, gezielte Schritte bei der Entwicklung des Personals vorzunehmen. Besten Dank für die Zustimmung zu unserem Antrag.

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Ich ersuche Sie dringend, diesen Streichungsantrag abzulehnen. Das Personalmanagement der Stadt Arbon muss dringend professionalisiert werden, und zwar jetzt und nicht erst in ein oder zwei Jahren. Die 130 Mitarbeitenden – und da kommt es halt auf die Köpfe an und nicht, was die für Pensen haben - brauchen dringend eine Anlaufstelle, an welche sie sich mit ihren Anliegen wenden können und wo sie auch professionell betreut werden. Momentan fehlen dazu schlicht die personellen Ressourcen, da die entsprechenden Mitarbeitenden in der Finanzverwaltung mit der rein administrativen Betreuung der 130 Mitarbeitenden schon mehr als ausgelastet sind. Es gibt verschiedene Prozesse, die stadtweit vereinheitlicht und nachher auch begleitet werden müssen und Fragen allgemeiner Natur im Personalbereich, die man schon längstens hätte angehen sollen. Dazu gehören die Rekrutierungsprozesse, die Qualifikationsgespräche, Abläufe beim Ausscheiden von Mitarbeitenden, praktische Fragen wie Home-Office, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Überarbeitung des Personalreglements, das schon länger pendent ist, Weiterbildung der Mitarbeitenden und vieles, vieles mehr. Ich bitte Sie deshalb, bei Ihren Entscheiden auch an unser Personal zu denken, denn ohne ein gut betreutes Personal werden wir die gesetzten Ziele nicht erreichen. Aus meiner Sicht ist deshalb diese Personalassistentenstelle notwendig. Und da geben wir das Geld nicht mit beiden Händen aus. Nein, Sie haben es gehört, es geht um eine 60%ige Personalassistentenstelle. Bei allem Respekt für diesen Antrag, mit eingesparten CHF 50'000 während ein bis zwei Jahren bilden wir keine Reserven. Vielen Dank für die Unterstützung des Antrags des Stadtrats und die Ablehnung des gestellten Antrags. Das Personal dankt es Ihnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion FDP/XMV auf Streichung der 60 % für die HR-Stelle wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

S. 4 0222 Bauverwaltung

0222.4210.01 Bau- und Feuerschutzbewilligungen

Cyrril Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wir sind nicht nur bei Budgetreduktionen in die Tiefe gegangen, sondern haben auch Fragen gestellt zu Erträgen der Stadt. Bei den Baubewilligungen gibt es eine Erhöhung des Personaletats, etwas kompliziert dargelegt mit Verschiebungen aus dem Werkhof zur Bauverwaltung. Im Resultat müssten es geringere externe Aufträge sein, was die Abarbeitung der Baubewilligungen und Feuerschutzbewilligungen betrifft. Die FGK hat sich Gedanken gemacht, ob mit dem künftigen Personaletat diese Bewilligungen auch definitiv abgearbeitet werden können. Der Stadtrat hat das bejaht und auf Rückfrage schien es sogar sinnvoll, die Einnahmen aus Baubewilligungen entsprechend der aktuellen Bautätigkeit sogar

noch geringfügig zu erhöhen. Daher beantragen wir Ihnen einstimmig eine Erhöhung von CHF 200'000 auf CHF 220'000 bei diesem Posten.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, gilt der Antrag als stillschweigend angenommen.

S. 6 0291 Stadthaus

0291.3120.00 Wasser, Energie und Heizmaterial

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: In den Heizkosten ist ein höherer Betrag schon vorgesehen, um den Biogasanteil zu erhöhen. Die FGK hat das intern diskutiert und kommt zum Schluss, es wäre sehr sinnvoll, wenn die Stadt mit einem guten Beispiel vorangehen würde und diesen Anteil Biogas noch weiter erhöhen würde. Die FGK kam zum Schluss, dass eine Verdoppelung des Beitrags möglich wäre. Es macht in der Budgetierung CHF 35'000 aus, damit könnte aber ein markant höherer Anteil Biogas bewirkt werden. Wir bitten Sie, diesen Antrag der FGK ebenfalls zuzustimmen.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Wir haben das vor ein paar Tagen durchgerechnet, was es kosten würde, wenn wir unsere städtischen Liegenschaften statt mit einem 20%igen Biogasanteil mit 50 % Biogasanteil beheizen würden. Je nachdem, wie streng der Winter ist, sind wir zur Überzeugung gekommen, dass CHF 35'000 Mehrausgaben dafür reichen würden. Wir könnten jährlich ungefähr 70 Tonnen CO² einsparen, wenn wir hier mit gutem Beispiel vorangehen. Seit Anfang dieses Jahres haben wir den Biogasanteil von 5 % auf 20 % erhöht. Mit dieser Erhöhung könnten wir den Biogasanteil sogar auf 50 % erhöhen. Das kann der Stadtrat mittragen, sofern Sie diesem FGK-Antrag zustimmen.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, gilt der Antrag als stillschweigend angenommen.

S. 8 1110 Polizei

0110.3132.80 Kontrolle Aussenanlage durch Dritte

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Das ist der Evergreen unter den FGK-Anträgen, diese Reduktion der Kontrolle der Aussenanlagen durch Dritte. Es ist schon mehrfach mit CHF 70'000 budgetiert worden, der Stadtrat hat dann immer wieder auf CHF 100'000 erhöht. Die FGK hat den Antrag gestellt, auf CHF 70'000 zurückzugehen. So machen wir das fast jährlich beim Budget, auch dieses Jahr wieder. Der Stadtrat beantragt Ihnen, CHF 100'000 einzusetzen für diese Kontrollen der Aussenanlagen durch Dritte und die FGK hat nachgefragt, was denn mehr gemacht werden könne mit diesen CHF 30'000. Oder umgekehrt formuliert: Was fällt weg, wenn wir wieder auf CHF 70'000 zurückgehen? Der Stadtrat hat dann erwähnt, dass der Status quo, wie es bisher gemacht wurde, mit den CHF 70'000 erreicht werden kann, und die FGK beantragt Ihnen grossmehrheitlich, diesem Rückkommensantrag auf CHF 70'000 zuzustimmen.

Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP: Der Stadtrat budgetiert CHF 100'000 für diesen Posten. Die FGK beantragt hier wiederum eine Reduktion um CHF 30'000. Die Fraktion Die Mitte/EVP hat intensiv darüber beraten und unsere Vertreter in der FGK wurden angehört. Schauen wir doch zum Beispiel auf die vergangenen eineinhalb Jahre zurück. Der erste Lockdown passiert und es wird zuerst ruhig. Der Mensch muss sich mit einer nie dagewesenen Situation auseinandersetzen. Zum Glück hatten wir gutes Wetter, denn nur in Wohnräumen auszuharren, war für einige sehr hart. Die mehrheitlich junge – hier gibt es einen Interpretationsspielraum – Bevölkerung hat sich im Lauf der Zeit vermehrt in den Aussenanlagen getroffen. Essen wurde übermässig im Take-away genossen, dies auch im Sinn der Unterstützung der Gastronomie. Fast Food und Take-away haben in den letzten Jahren so oder so massiv zugenommen. Einerseits

sind die Abfallberge dann bei den Abfalleimern immens, andererseits waren und sind auch täglich Spuren von achtlos weggeworfenem Verpackungsmaterial sichtbar. Zugegeben: In Zeiten von mehr Hygienerichtlinien ist das mit den vermehrten Wegwerfpackungen auch für mich ein Problem. Der achtsame Umgang mit dem Abfall gehört meinerseits zur Allgemeinbildung und Wahrnehmung, die es zu fördern gilt. Hier hat der Stadtrat den Auftrag erhalten, diesbezüglich aktiv zu werden und es ist eine Kampagne angelaufen. Durch Reklamationen betreffend übermässigem Lärm zu allen Tages- und vor allem Nachtzeiten erhöhte sich der Druck aus der Bevölkerung auch auf die Verantwortlichen der Stadt mit Klagen und Vorwürfen. Es werde nicht geschaut, die Securitas mache ihre Arbeit nicht richtig, geschweige denn, es werden keine Bussen ausgestellt. Andere fühlten sich betupft, dass die Securitas Kontrollen zur Einhaltung der Regeln – vorwiegend Gastronomie – mache. Was denn nun? Es gibt mehr Wohnraum, dadurch mehr gewollte Plätze für die Allgemeinheit, die es zu bewirtschaften, sprich zu kontrollieren gilt. Also haben wir hier mehr Aufwand. Das Parlament hatte dem Stadtrat den Auftrag erteilt, die Probleme mit Littering und Lärm im öffentlichen Raum aktiver anzugehen und konsequenter durchzugreifen. Fazit: Wollen wir die Kontrollen verbessern, so muss entsprechend das Auftragsvolumen angepasst werden. Vielleicht erreichen wir dann auch die budgetierten Einnahmen aufgrund von Bussen aus Litteringverzeigungen, die wir im Budget 2021 erhöht haben. Ob dies der richtige Weg ist, sei dahingestellt. Wir jammern und poltern, es müsse dringend mehr kontrolliert, getan und gebüsst werden, so müssen wir auf vermehrte Präsenz und vielleicht auch freundliche Kontrollen hinarbeiten. Gemäss dem Antrag der FGK binden wir gerade diese Kontrollmöglichkeiten zurück, indem wir die nötigen Gelder kürzen. Wollen wir in dieser Angelegenheit weiterkommen, so braucht es auch hier eine Investition, sprich verfügbare finanzielle Mittel. Es ist aus Sicht der Fraktion Die Mitte/EVP nicht verständlich, warum die FGK dem Parlament jedes Jahr den Budgetposten kürzen will. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist deshalb einstimmig für den Erhalt dieser Budgetposition von CHF 100'000.

Lukas Graf, SP/Grüne: Es ist richtig, Myrta Lehmann, wenn es um Littering ginge. Wir haben das letztes Mal stark diskutiert, weil das Littering da ursprünglich mal vorgeschoben wurde, dann wäre es wichtig, die Kosten zu erhöhen. Es wird aber dann immer wieder gesagt, dass man beim Littering eigentlich nichts machen könne und man könne da auch niemanden in Flagranti erwischen. Und vor allem, was für uns als Fraktion SP/Grüne wichtig ist, wir vermissen nach wie vor, das habe ich letztes Jahr an dieser Stelle genau gleich gesagt, eine Strategie und eine klare Aussage, was denn die Securitaspatrouillen zusätzlich genau machen. Jedes Jahr heisst es etwas Anderes. Ursprünglich war es mal das Littering, das wurde jetzt mehrheitlich zurückgenommen. Dann ging es darum, in der Gastronomie die Coronaregelungen durchzusetzen. Da glaube ich nicht, dass die Securitas die richtigen sind. Und jetzt heisst es vor allem, es ginge um Lärm. Ich meine einfach, solange immer die Gastronomie vorgeschoben wird und dort der Stadtrat sich doch nicht ganz zu Unrecht immer wieder mit dem Vorwurf der Willkür konfrontiert sieht, solange in der Altstadt diverse Betriebe bezüglich Öffnungszeiten und Betriebsreglementen unterschiedliche Regelungen haben, solange das so ist und man vor allem sieht, wie die Securitas zu viert von Restaurant zu Restaurant gehen und auch keine eigentliche Zusammenarbeit mit dem Sozialen stattfindet und eine Konzeptlosigkeit herrscht, solange das so ist, werden wir diesen Antrag auf Erhöhung – es geht ja nicht um eine Kürzung, es geht um eine Erhöhung – auch nicht unterstützen. Es wurde in der Antwort des Stadtrats an die FGK von einem Sicherheitskonzept geredet und ich bin gespannt. Ich sage, wir warten dieses ab und dann werden wir nächstes Jahr erneut darüber diskutieren, ob wir diesen Posten erhöhen wollen.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Es ist tatsächlich, wie der FGK-Präsident gesagt hat, ein Evergreen, ich hoffe im Positiven, ein Dauerthema. Es ist aber nicht so, wie Lukas Graf gesagt hat, dass wir da konzeptlos und willkürlich unterwegs sind. Das stimmt gar nicht, das muss ich zurückweisen. Es ist im Gegenteil so, dass es nicht allein die Idee des Stadtrats ist, auf CHF 100'000 zu gehen, sondern es sind die Reklamationen, die ständig bei der Verwaltung eingehen. Es wird reklamiert, es werde zu wenig kontrolliert, es seien Umstände, die wirklich behoben werden müssen. Es wird aber nie reklamiert, dass zu viele Securitas unterwegs sind. Es geht nicht allein um den Einsatz von Securitas, in diesem Posten sind auch Fachleute enthalten, die wir einsetzen, um einen Sachverhalt genau abzuklären.

Im FGK-Bericht und jetzt auch am Mikrofon wurde ausgeführt, dass die Fragen zu dieser Budgetposition Kontrolle durch Dritte in der Fragerunde nicht schlüssig beantwortet worden seien und mit den ursprünglichen CHF 70'000 der Status quo gehalten werde. Beides ist falsch. Ich bitte deshalb, den Reduktionsantrag der FGK abzulehnen und die Position wie vom Stadtrat einstimmig vorgeschlagen bei CHF 100'000 zu belassen.

Begründung: Nein, es geht bei dieser Position nicht einzig um Littering. Nein, CHF 70'000 genügen bei Weitem nicht aus, um alle nötigen Kontrollaufgaben über das ganze Jahr und auch tagsüber durchführen zu können, und das ist ein Auftrag an die Stadt Arbon. Die Fragen der FGK bezogen sich übrigens, wie es heute wiedergesagt wurde, einzig auf Littering. Das ist aber bei Weitem nicht das einzige, was die Stadt Arbon an Kontrollen auszuführen hat. Die Stadt muss neben Littering, wie das an der Fragerunde der FGK auch schon erörtert wurde, weiter auch die Einhaltung der Leinenpflicht für Hundehalter – gerade auf den Quaianlagen – kontrollieren, auch Vandalismus und Ruhestörungen sind ein Thema, Einhaltung der nächtlichen Schliessungszeiten in der Gastronomie. Seit Kurzem ist auch die Einhaltung der Zertifikatspflicht gemäss den neuen Coronavorschriften – ob nun mit Securitas oder Gastronomiefachleuten – ein Thema. Und nach der heutigen Parlamentssitzung kommt noch die Durchsetzung des Rauchverbots auf Kinderspielflächen hinzu. Das müssen wir kontrollieren, da müssen wir Sicherheit bieten. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Wer sich dann noch vor Augen führt, dass die aktuellen Kontroll- und Ordnungsgänge der Securitas mit diesen CHF 70'000 zeitlich sehr stark eingeschränkt sind, nämlich auf die Monate Mai bis Oktober – die anderen Monate fallen weg – und die Tageszeiten sind von 18 Uhr bis 6 Uhr früh. In der übrigen Zeit ist keine Securitaskontrolle in der Stadt Arbon unterwegs. Gerade diese zeitlichen Einschränkungen nützen bei Verstössen, gerade bei der Leinenpflicht und beim Einhalten des Rauchverbots auf Kinderspielflächen überhaupt nichts. Ich möchte am Samstagnachmittag, am Mittwochnachmittag oder am Sonntagvormittag auf den Quaianlagen oder wo die Plätze sind, kontrollieren. Alles andere nützt nichts. Und es spricht sich auch sehr schnell herum, dass in Arbon ungenügend kontrolliert wird. Wenn wir diese zeitlichen Ausdehnungen auf das ganze Jahr und den ganzen Tag über einführen wollen, entstehen die besagten Mehrkosten. Es muss ab sofort ganz klar auch tagsüber und in allen Monaten Präsenz gezeigt und die Einhaltung von Recht und Ordnung kontrolliert werden, wie das das SOR dem Stadtrat vorgibt. Daran müssen wir uns halten. Es gilt noch in Erinnerung zu rufen, dass von diesen Kosten knapp CHF 40'000 – das ist eine Position unter dieser Budgetposition – von anderen an diesem Securitasprogramm, Beteiligten bezahlt werden. Wir zahlen also nicht allein diese CHF 100'000, es werden netto CHF 60'000 bleiben. Wenn wir noch von Littering sprechen und, das wurde im Parlament auch schon gesagt, zivile Kontrollen durchführen, brauchen wir wirklich ein bisschen mehr Geld, sonst wird das dann finanziell und vom Auftrag her schwierig. Ich bin auch kein Freund von Mehrausgaben, aber es gibt Pflichten, es gibt Bedürfnisse, es gibt Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Und wenn wir hier sparen wollen, wird das an einem anderen Ort teurer. Was nötig ist, muss ausgeführt werden, wo wir im Auftragsverhältnis stehen, müssen wir es erfüllen. Ich bitte Sie, diesen Reduktionsantrag abzulehnen und CHF 100'000 im Budget zu belassen.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich habe nur eine kurze Frage an Luzi Schmid. Du sagst, es existiert ein Konzept. Wo kann ich das finden? Ich habe auf der Webseite der Stadt keine Informationen dazu gefunden.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Hier war die Rede vom Sicherheitskonzept, das ist in Ausarbeitung. Da werden alle Zuständigkeiten von Arbon und alle Möglichkeiten von Arbon aufgeführt. Bei den Sicherheitseinsätzen wird mit der Securitas direkt vereinbart, was kontrolliert werden muss und wo die Notwendigkeit besteht, Kontrollen durchzuführen. So habe ich das verstanden und so ist es auch.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Jetzt bin ich schon ein bisschen erstaunt. Den Fragenachmittag mit der FGK habe ich sehr gut in Erinnerung und wir haben das unter den FGK-Mitgliedern im Nachgang zum Fragenachmittag nochmals diskutiert. Wir sind alle überzeugt, dass

wir diese Aussage gehört haben, dass die CHF 70'000 den Status quo erfüllen. Das haben wir so diskutiert und besprochen, und dass das jetzt nicht mehr so sein solle, erstaunt mich etwas. Die zweite Aussage mit der Gegenposition stimmt, die ist aber schon im letzten Budget, als wir ebenfalls diese Senkung diskutiert haben, bereits Tatsache gewesen. Also nochmals aus meiner Sicht: Ich kann diesen Antrag immer noch zur Annahme empfehlen.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Jetzt sind wir da im Pingpongverfahren und ich muss den Ball noch zurückspielen. Ich war ja bei diesem Fragenachmittag der FGK auch dabei. Mit dem Ausdruck Status quo wurde ganz klar gesagt, mit den CHF 70'000 können wir das sicherstellen, was wir bis jetzt sichergestellt haben, aber keine zusätzlichen Aufgaben. Ich kann mich erinnern, die Hundeleinenpflicht war ein Thema in der FGK. Wir haben mit dem jetzigen Geldeinsatz keine Möglichkeiten, durch die Securitas am Sonntagmorgen oder Samstagnachmittag Hundeleinenkontrollen durchführen zu lassen. Ich bin auch nicht ganz sicher, ob ich das selber gesagt habe mit dem Status quo. Mit CHF 70'000 können wir keine zusätzlichen Kontrollen durchführen, wie das eigentlich gewünscht ist. So habe ich das verstanden und so muss das von unserer Seite auch gesagt worden sein.

Aurelio Petti, Die Mitte, EVP: Ich habe nur eine kleine Information, die ich gern von Pascal Büchler haben möchte. Was ist der aktuelle Stand in diesem Jahr bei diesem Konto? Kannst du uns das sagen? Irgendwie ist mir das nicht ganz klar. Vielleicht hilft uns das ein bisschen weiter.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Die genaue Zahl, wie sie dann Ende Jahr aussieht, weiss ich natürlich nicht. Wir sind auf Kurs bei diesen CHF 70'000. In der Hochrechnung hat man gesagt, wo nicht abschliessend Voraussagen getroffen werden, bleibt man bei den Budgetzahlen CHF 70'000. Wir halten uns in der Verwaltung exakt an diese CHF 70'000. Wenn zum Beispiel Extrakontrollen durchgeführt werden, wird das halt bei den ordentlichen Kontrollen wieder eingespart. Wir schauen, dass wir in der Rechnung – mindestens 2021 – diese CHF 70'000 einhalten können. Aber das sind beschränkte Kontrollen von 18 Uhr bis 6 Uhr und vom Mai bis Oktober. In der anderen Zeit gibt es keine Securitaskontrollen oder andere Prüfungen.

Abstimmung

Der Antrag der FGK um Reduktion auf CHF 70'000 wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen angenommen.

S. 17 3411 Schwimmbad

3411.4240.02 Schwimmbadeinnahmen

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Die FGK hat sich mit den Einnahmen des Schwimmbads befasst und ist der Meinung, dass sich nach einem oder bereits zwei Coronasommern die Einnahmenbudgetierung mit CHF 380'000 am eher oberen Rand befindet. Wir haben in der FGK dann eine Art Dreh gemacht, den wir sonst weniger machen, wir haben die Einnahmen des Schwimmbads und des Strandbads gedanklich addiert und sind der Meinung, dass es sinnvoll wäre, beim Schwimmbad etwas konservativer zu budgetieren. Nicht mit Einnahmen von CHF 380'000, sondern mit Einnahmen von CHF 350'000. Der Spitzensommer von CHF 450'000 gibt zwar schon einen Wert vor, den man vermutlich wieder erreichen kann, wenn wirklich alles stimmt. Kein Corona, super Ausgangslage, verlängerte Saison, vielleicht sogar ein verfrühter Saisonstart oder was auch immer. Aber in einem Jahr nach COVID – vielleicht ist das Wetter nicht so toll, wie wir es jetzt hoffen, da erscheint uns dieser Betrag mit CHF 350'000 gerade richtig. Im Gegenzug würden wir aber die auch hoch budgetierten Strandbadeinnahmen belassen.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Ich gehe davon aus, dass die Impfquote weiter hochfährt und wir nächstes Jahr von diesem Thema Corona endlich in der Vergangenheitsform reden können. Wir haben Cyrill Stadler gehört, CHF 450'000 in einem sehr guten Jahr und in einem schlechten Jahr wie diesem sind wir irgendwo bei CHF 340'000. Ich habe heute Nachmittag noch mit der

Verwaltung Rücksprache gehalten. Wenn man die CHF 450'000 sieht und jetzt die CHF 340'000 und den Mittelwert nimmt, sind wir bei CHF 380'000. Der Stadtrat ist sehr optimistisch, dass wir nächstes Jahr einen schöneren Sommer erhalten als dieses Jahr, was auch nicht sehr schwierig sein wird. Aber im Endeffekt ist das Wetter natürlich massgebend für die Einnahmen, das können wir halt wirklich nicht beeinflussen. Daher würde ich es begrüssen, wenn Sie die CHF 380'000 belassen würden.

Abstimmung

Der Antrag der FGK auf Reduktion auf CHF 350'000 wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

S. 23 4120 Kranken-, Alters- und Pflegeheime und 4210 Ambulante Krankenpflege

4120.3631.00 Beiträge Langzeitpflege

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Jetzt wird es ein bisschen komplex mit den Anträgen der FGK, hier folgen zwei Anträge in unmittelbarer Nähe. Einmal zu 4120.3631.00 Langzeitpflege, jetzt budgetiert mit CHF 1'626'000 und auf der anderen Seite zu 4210.3634.02 Beitrag an Spitex Arbon. Ich möchte diese, um die Zeit etwas straff zu halten, zusammen erklären.

Die FGK ist beim ersten Beitrag Langzeitpflege der Meinung, wenn man die Rechnung 2020 anschaut und die Ausführungen, die anlässlich des Fragenachmittags diskutiert wurden und auch im Bericht der FGK festgehalten sind, man eher mit einer Steigerung von 8 % pro Jahr rechnen müsste. Wenn man diese Beträge im Budget zurückrechnet, die Spalten der Vorjahresrechnung sind ja mitgeführt, kämen wir seitens der FGK auf einen etwas höheren Betrag. Wir beantragen Ihnen deshalb, statt CHF 1'626'000 diesen Betrag um CHF 129'000 zu erhöhen.

4210.3634.02 Beitrag an Spitex Regio Arbon

Bei der Spitex Arbon ist es ein ähnlicher Betrag. Hier ist im Budget CHF 1'850'000 drin, die FGK beantragt Ihnen einstimmig, diesen Betrag um CHF 150'000 zu erhöhen. Auch hier haben wir die letzten Jahre berücksichtigt und nachgerechnet und kommen zum Schluss, dass es hier der Vorsicht gebieten würde, etwas höher zu budgetieren.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelten die Anträge als stillschweigend angenommen.

S. 32 6150 Gemeindestrassen

6150.4240.01 Durchleitungsrechte / 6150.4634.00 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen / 8710.4120.00 Konzessionen

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Hier möchte ich Ihnen drei Änderungen beantragen. Es geht hier um die Anpassung an die unlängst von Ihnen beschlossene Revision des Beitrags-, Gebühren- und Abgabenreglements. Es ging da um die Durchleitungsrechte, Sie erinnern sich wohl noch. Hier wäre einerseits das Konto 6150.4240.01 Durchleitungsrechte auf 0 zu reduzieren. Das hat sich also erledigt. Dann das Konto 6150.4634.00 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen, das wäre auch auf 0 zu setzen. Stattdessen ist ein neues Konto zu schaffen, ein eigenes Konto 8710.4120.00 Konzessionen. Da wir davon ausgehen, dass die Revision in etwa ausgeglichen sein soll, sich also im Ergebnis für die Stadt nichts ändern soll, beantrage ich Ihnen, seitens des Stadtrats den Betrag der beiden gestrichenen Positionen, die zusammen CHF 503'000 ergeben (CHF 153'000 + CHF 350'000) in das neue Konto Konzessionen einzusetzen.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

S. 35 6191 Werkhof

Rico Baettig, FDP/XMV: Ich komme halt nochmals, auch wenn es für die einen kleinlich erscheint. Wir haben einen zweiten Streichungsantrag zum Konto Werkhof. Und zwar setzen wir den Rotstift an der Stelle 20 % Entsorgung an. Es sind nur CHF 14'100, für diese Personalaufstockung ist aber nur eine personelle Besetzung am Samstagnachmittag vorgesehen. Auch hier sind wir der Meinung, dass das Leistungsangebot des Werkhofs mehr als ausreichend ist, und zwar in allen Belangen. Die Mitarbeiter des Werkhofs machen einen super Job und die Öffnungszeiten erachten wir als ausreichend. Ich denke, man kann gut auf den Samstagnachmittag verzichten, um zu entsorgen. Auch gegenüber den Mitarbeitern würde ich das als fair betrachten. Deshalb verweisen wir nochmals auf die Gründe meines ersten Antrags, der Streichung dieser Erhöhung zuzustimmen.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben beim Werkhof eine Verschiebung von 100 Stellenprozenten zur Bauverwaltung gemacht. Auch der Sportplatzwart läuft jetzt nicht mehr unter dem Werkhof, nicht mehr bei der Abteilung Bau und Umwelt, sondern bei Freizeit, Sport und Liegenschaften. Das heisst, insgesamt haben wir beim Werkhof einen kleineren Personalbestand. Wenn wir unsere Dienstleistungen optimieren wollen, können wir die Leute nur aus einem kleineren Pool rekrutieren, und wenn wir einen kleinen Leistungsausbau wie bspw. die Entsorgungsstelle auch an den Samstagnachmittagen oder zumindest in der Hälfte der Nachmittage offen zu halten, dann ginge es nicht ohne kleine Personalerhöhung. Darum bitte ich Sie, diese kleine Stellenerhöhung im Budget zu belassen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Wenn wir jetzt die 20 Stellenprozente nicht genehmigen, wird der Stadtrat dennoch die Samstagnachmittagsöffnungszeiten im Werkhof machen? Wenn ja, mit dem Personal, das er dann zur Verfügung hat? Wenn der Stadtrat diese Öffnung möchte, würde das für mich nach Milchbüchleinrechnung heissen, die Leute, die jetzt angestellt sind, müssten mehr arbeiten. Oder verzichtet der Stadtrat dann auf die Öffnung am Samstagnachmittag, wenn wir die Streichung der FDP/XMV unterstützen?

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Lukas Auer hat das richtig erkannt. Ich sehe es nicht, dass wir mit dem jetzigen Personalbestand die Öffnungszeiten weiter erhöhen könnten. Wenn Sie hier streichen, dann ist für mich eigentlich klar, wird es kaum zu längeren Öffnungszeiten bei der Entsorgungsstelle kommen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag zuzustimmen. Es ist klar, dass das eine Serviceeinschränkung ist. Am Samstagvormittag läuft an der Entsorgungsstelle jeweils viel, man würde gern auch noch am Samstagnachmittag entsorgen. Allein die Stadtkasse hat zu wenig Geld. Wir sind nach wie vor in einer angespannten Lage und ich glaube, unsere Bevölkerung unterstützt uns und hat Verständnis, dass man dann nicht auch noch am Samstagnachmittag entsorgen kann, sondern unangenehmerweise das schon am Morgen machen muss und aufstehen muss. Ich glaube, die Bevölkerung ist bereit, uns mitzuhelfen, dass die Stadtfinanzen wieder ins Lot kommen und wir nicht immer diejenigen sind, die im Kanton Thurgau die höchsten Steuern haben, um unseren Betrieb aufrechtzuerhalten. Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag, der vielleicht dem Steuerzahler und der Bevölkerung ebenfalls zu spüren gibt, dass gespart werden muss, zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag der FDP/XMV auf Streichung von CHF 14'100 (20 % beim Werkhof) wird 21 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen angenommen.

S. 41 7710 Friedhof und Bestattung

7710.4510.00 Grabunterhaltsfonds

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: In der Hitze des Gefechts mit so vielen Zahlen ist bei dieser Position eine falsche Zahl ins Budget reingerutscht. Die FGK hat ihre Bedenken ausgesprochen und wir sind der Sache nachgegangen. Bei diesem Konto muss es CHF 55'000 anstelle von CHF 75'000 heissen. Ich bitte um Verständnis und um Zustimmung zu diesem Antrag.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Dem muss man zustimmen, da es sich um eine Fehleinschätzung handelt. Wirklich erstaunt bin ich darüber. Wir haben die Frage schriftlich an Stadtrat Luzi Schmid eingereicht, wir haben die Frage nochmals nachgedoppelt am Fragenachmittag und heute Nachmittag kriegen wir eine E-Mail, dass die Bedenken der FGK schon richtig waren. Mir scheint, dass der Fragenachmittag und die schriftlichen Fragen von Luzi Schmid nicht so beantwortet wurden, wie wir das erwartet hätten. Ich bitte, für die nächsten Fragen der FGK besser vorzubereiten.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats auf Korrektur wird einstimmig angenommen.

S. 44 9100 Allgemeine Gemeindesteuer

Funktion 9100 Gemeindesteuern

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Das ist für mich wahrscheinlich der schwierigste Antrag, um ihn zu stellen, denn es geht um die Einnahmenschätzung, um die wichtigste Einnahmequelle der Stadt, die Steuern. Ist die FGK in der Lage, die Steuern exakter zu schätzen als der Steuerverantwortliche der Gemeinde oder nicht? Bei Schätzungen muss man irgendwo ein Zahlen-/Rechnungsmodell im Hintergrund haben und dieses auch verstehen und anwenden können. Nur bei Steuerschätzungen, der Stadtrat erwähnt es auch in seiner Antwort, gibt es wahrscheinlich keine Formel, die man einfach einsetzen kann und unten kommt eine Zahl heraus, die einem sagt, so oder so kommt es zu liegen. Die FGK ist aufgrund der Argumentation des Stadtrats trotzdem der Meinung, dass die geschätzten Steuereinnahmen eine Spur zu tief liegen. Mit unserem Antrag möchten wir diese Spur zu tief ganz geringfügig korrigieren. Jetzt könnte man natürlich einbringen, CHF 450'000 ist keine geringfügige Korrektur. Das stimmt natürlich, aber auf gut CHF 20 Mio. ist es eben doch nicht mehr eine so grosse Korrektur.

Die Steuerschätzung und der effektive Steuerertrag gingen in den letzten drei Jahren auseinander. Wir konnten jetzt drei Mal erleben, dass die effektive Rechnung, die uns präsentiert wurde, einen höheren Steuerertrag auswies als die Budgetierung. Wir korrigieren die Steuerschätzungen nicht massgeblich, sondern wir gehen auf das Berechnungsmodell des Stadtrats mit der 2%igen Steigerung pro Jahr zurück, ausgehend von der Rechnung 2020. 2021 und 2022 also je 2 % und dann eine Reduktion um ungefähr 4 Steuerprozent, dann kommen wir auf diese Zahlen, die wir Ihnen im FGK-Bericht präsentiert haben. Nämlich über alles gesehen Konto 9100 Gemeindesteuern CHF 20'150'000. Wir haben bei den Abschreibungen Erlasse den Wert wieder auf die Rechnung 2020 mit einem Betrag von CHF 250'000 zurückgesetzt, wir erhöhen die Einkommenssteuern natürliche Personen Rechnungsjahr auf CHF 14'700'000, die Einkommenssteuern natürliche Personen frühere Jahre belassen wir bei CHF 400'000, Vermögenssteuern natürliche Personen Rechnungsjahr erhöhen wir auf CHF 1.3 Mio., die Vermögenssteuern natürliche Personen frühere Jahre reduzieren wir auf CHF 100'000, Quellensteuern CHF 100'000 Erhöhung auf CHF 1.2 Mio., die Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen Rechnungsjahr belassen wir bei CHF 2.3 Mio. und die Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen frühere Jahre belassen wir bei CHF 400'000. Ich bitte Sie, dem FGK-Antrag zuzustimmen.

Stadtpäsident Dominik Diezi, Die Mitte: Um es gleich vorwegzunehmen, wir opponieren diesen Anträgen nicht. Was dann am Schluss stimmt, werden wir nächstes Jahr sehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich und auch Pascal Büchler als Finanzchef keinerlei Einblicke haben in unsere Steuerdaten. Ich habe ja politisch schon zwei Mal versucht, hier etwas zu ändern und bin sowohl bei Herrn Rütsche als auch seinem Nachfolger Herrn Rütsche aufgelaufen. Unter

Hinweis auf das eidgenössische Steuerharmonisierungsgesetz erhalte ich selbst als politischer Finanzchef dieser Stadt keinerlei Einblick in unsere Steuerdaten. Darum ist das auch nicht das Berechnungsmodell des Stadtrats, es ist das Berechnungsmodell des Steuerchefs der Stadt Arbon, der mir aber keine Auskunft geben darf, auch nicht Pascal Büchler. Wie er das genau gemacht hat, weiss ich nicht. Was nebst diesen 2 % noch für Überlegungen einfließen, ist mir auch nicht bekannt. Übrigens auch der FGK natürlich nicht. Wir haben einfach darauf abgestellt, die FGK macht jetzt irgendwelche eigenen Berechnungen, wir können damit leben. Aber einfach, dass Sie hier klarsehen, das ist nicht das Berechnungsmodell des Stadtrats, das gibt es nicht. Es gibt eines des Steuerchefs der Stadt Arbon – hoffe ich mal –, der mir aber wie gesagt keine Auskunft geben darf, wie er genau auf diese Zahlen gekommen ist. Das einfach noch zur Erklärung.

Lukas Graf, SP/Grüne: Mir wurde gesagt, hier ist die richtige Stelle und nicht am Schluss, um auf unseren angekündigten Antrag betreffend die Steuersenkung zurückzukommen. Wir unterstützen die von der FGK beantragte alternative Berechnung, aber nicht die 4%ige Senkung. Wir teilen zwar den Optimismus des Stadtrats grundlegend, aber eben nicht in dieser Höhe. Oder um es mit den Worten von Riquet Heller zu sagen: Wir sind nach wie vor in einer angespannten Lage. Wenn man nach vorne in den Finanzplan schaut, sieht man, dass die Investitionen, die jetzt wirklich erwiesenermassen zu tief waren, über die nächsten zehn Jahre deutlich zunehmen. Es ist eben falsch Migga Hug, wenn man einfach nach unten vergleicht und sagt, Romanshorn investiert ja noch weniger. Es ist auch falsch zu sagen, wir wissen ja nicht genau, was auf uns zukommt. Wir wissen schon von einigem, was auf uns zukommt. Vermutlich nicht von allem. Wenn man den Finanzplan anschaut, hat es da in den Ausgaben Positionen drin, die wirklich sehr unrealistisch sind – man könnte auch sagen geschönt. Beispielsweise die Sozialhilfekosten stagnieren mehr oder weniger, es wäre schön, wenn es so wäre. Die Personalkosten stagnieren komplett, da wird nur noch mit 0.8 % gerechnet, da wird nie wieder irgendjemand eingestellt. Dann haben wir CHF 65 Mio. Investitionen, die in den nächsten zehn Jahren auf uns zukommen und bereits 2023 müssen wir wieder neues Fremdkapital aufnehmen. Ich bin der Meinung, unter diesen Gesichtspunkten müsste man langsamer senken. Es spricht überhaupt nichts dagegen, jetzt 2 % runterzugehen und dann in ein bis zwei Jahren, wenn wir sehen, dass funktioniert, wir schreiben nach wie vor schwarze Zahlen, wir können die Investitionen gut stemmen und vor allem wir investieren endlich mal substantiell mehr, können wir noch einmal 2 % runtergehen. Überhaupt kein Problem. Hingegen umgekehrt, dann wieder zu erhöhen – wir wissen, was für eine Herkulesaufgabe das wäre. Im Übrigen war die letzte Steueranpassung in Arbon auch eine Senkung und die auch nur um 2 %, das war 2017. Man könnte da auch Rico Baettig zitieren und sagen, etwas Bescheidenheit ist angebracht, jetzt ist es an der Zeit, Reserven anzulegen.

Dann noch zum Argument der Attraktivitätssteigerung resp. der roten Laterne, das immer wieder kommt. Ich finde es schon etwas bedenklich, wenn unser Stadtpräsident immer wieder mit Amriswil kommt und auch wieder so nach unten zeigt und sagt, die erfüllen ja keine der drei Finanzkennzahlen und erhöhen die Steuern trotzdem nicht, die müssten aber. Das ist eben genau diese Abwärtsspirale. Genau das ist es, was dann passiert. Ich kann Ihnen schon sagen, was passiert. Was passieren wird ist, wir schreiben wieder rote Zahlen, weil sich ein, zwei Faktoren verändern, bspw. die Sozialhilfe, vielleicht sind auch die Steuereinnahmen nicht ganz so, wie wir das meinen, vielleicht kommen andere Faktoren dazu. Die Personalkosten sind logischerweise höher, aber auch zu Recht. Dann schreiben wir wieder rote Zahlen und dann geht es sehr schnell und wir sind wieder dort, wo wir vor vier Jahren waren und fangen an, um Kleinstbeträge zu streiten und wir fangen an zu streichen bei sehr wichtigen Posten wie zum Beispiel bei der Jugendarbeit etc. und machen wieder diese unsäglichen Sparübungen. Dann sagt man wieder, jetzt muss man sparen, weil die Steuererhöhung dann überhaupt kein Thema sein wird. Das verstehe ich nicht. Ich verstehe auch nicht, wie man gegen Personalerhöhung in der jetzigen Situation opponieren kann und die Steuersenkung quasi als Gott gegeben betrachten kann.

Ich finde es seltsam, wenn unser Stadtpräsident so argumentiert. Vor allem kann ich mich gut daran erinnern, wie er noch vor wenigen Jahren hier auf den Bilanzfehlbetrag verwiesen hat, vor politischer Handlungsunfähigkeit gewarnt hat und eine Flut von Anträgen lanciert hat, um diese

Situation zu bekämpfen, unter anderem auch in Positionen, wo wir heute wieder deutlich höher sind mit den Kosten, als wir es damals waren.

Das mit dem Image: Ja, für dich Dominik Diezi mag das wichtig sein, du wirst oft darauf angesprochen. Ich meine, das gehört zur Aufgabe eines Stadtpräsidenten, dass man das ertragen kann. Aber wenn ich mit normalen Leuten rede, höre ich nie, dass sie sagen, ich würde nie nach Arbon ziehen, weil ihr 3 % oder 4 % höhere Steuern habt. Und im Übrigen muss man noch schauen, wo man sich vergleicht. Vergleicht man sich wirklich mit dem Tannenzapfenland oder gehören wir eben zum Wirtschaftsraum Arbon-St. Gallen-Rorschach und sollten wir uns nicht dort vergleichen? Ich meine, für die Firmen macht diese 4%ige Steuersenkung sozusagen nichts aus. Wenn man das auf Firmen herunterbricht, ist das wirklich irrelevant. Was sind für normale Personen wichtige Faktoren, damit sie an einen Ort ziehen? Das ist bspw. der See – gut, der ist hier. Die Altstadt – da müssen wir investieren. Die Tagesschulen – wunderbar, haben wir die. Dann gibt es noch vieles mehr. Die Gastronomie, die nun kommt. Aber das ist sicher nicht in erster Linie, ob man 76 oder 72 oder 74 % Steuern bezahlt, das ist da irrelevant. Für die Hälfte der Arbonerinnen und Arboner macht das CHF 60 aus. Und für die Leute, für die es sehr viel mehr ausmacht, ist es relativ gesehen auch nicht wahnsinnig viel und eher unerheblich, wenn man das im Kontext der Gesamtsteuern von etwa 15 %, die wir zahlen, anschaut. Umgekehrt aber, wenn wir jetzt die Steuern senken, werden wir sie nicht so schnell wieder erhöhen können und wir werden ganz sicher wieder in schwierigere Zeiten hineinlaufen. Ich meine Ja zu einer Steuersenkung, aber langsamer und schrittweise.

Cyrril Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Bei einer Steuersenkung um 4 % kann man schon argumentieren, die Hälfte kommt mit CHF 60 weg, aber bei CHF 100'000 macht es schon CHF 500 aus, bei CHF 200'000 ist es schon wesentlich höher. Speziell auch bei höherem Vermögen schenkt das dann recht schnell ein. Wir haben in unserer Steuerstatistik gesehen, wir haben ein Problem, dass uns Steuerzahler zwischen CHF 100'000 und CHF 250'000 fehlen. Wir können das jeweils im hinteren Teil des Rechnungsberichts bei der Steuerstatistik nachlesen. Und genau um diese Steuerzahler anzuziehen, geht es hier. Man kann schon sagen, das ist nur ein Teil von vielen. Es gibt sehr, sehr viel, was in Arbon zu hoher Lebensqualität beiträgt. Lukas Graf hat das erwähnt. Der See, die Altstadt, das Leben, das Kleinräumige, dass es eben nicht eine Grossstadt ist. Man kennt sich hier. Es gibt sehr, sehr viele Punkte, die Arbon qualitativ schon recht weit nach vorn katapultieren. Ich fände es aber jetzt eine Gelegenheit, auch im Steuerschlusslicht Arbon etwas zu unternehmen und uns hier auch einen Schritt nach vorn zu bringen. Wir werden in der Zukunft diese neuen Steuerzahler wieder brauchen und ich hoffe, dass wir hier ein Signal setzen und genau solche Steuerzahler anziehen. Sie tragen nachher sehr viel dazu bei, dass unser Steuerhaushalt besser dasteht und wir auch finanzpolitisch einen schritt vorwärtskommen. Besten Dank für die Ablehnung des Antrags von SP/Grüne/Juso.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Wir haben eine Ausführung von Lukas Graf gehört, die natürlich logischerweise absolut und in jeder Hinsicht Sinn macht. Jedoch möchte ich Ihnen sagen, dass die Fraktion Die Mitte/EVP im Vorfeld sehr vorsichtig mit dieser Steuersenkung umgegangen ist. Wir haben die Aufgabe wirklich ernstgenommen und sind nach einer eingehenden Analyse zum Schluss gekommen, dass wirklich jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist. Wieso? Gut. Vor zwei Wochen wurde uns die Standortstrategie der Stadt Arbon präsentiert. Bei strahlendem Sonnenschein im Gebäude des zukünftigen historischen Museums mit zusätzlichen 20 Arbeitsplätzen, das definitiv kommen wird. Wir haben viele Projekte, die da sind. Wir haben sensationelle Firmen in unserer Gemeinde, die vielleicht gar nicht alle wirklich kennen. Das sind weltrenommierte Firmen. Wir werden mit unserer Standortstrategie zusätzliche Firmen anziehen können. Sind wir doch ein bisschen optimistisch und zuversichtlich für die Zukunft. Wir haben gerade vorhin miteinander CHF 450'000 mehr Steuereinnahmen genehmigt, d. h. 2 %. Ganz offen gesagt, ich verstehe die Skepsis und den Pessimismus nicht, obwohl ich alle die Argumente von Lukas Graf natürlich auch verstehe. Bitte lehnen Sie den Antrag von Lukas Graf und der Fraktion SP/Grüne ab.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Cyrill Stadler hat uns vorhin gebeten, doch etwas langsamer und vorsichtig vorzugehen. Das ist ja genau das, was wir hier jetzt vorschlagen. Gehen wir langsam und vorsichtig vor. Aurelio Petti hat vorhin gesagt, wir werden mit dieser Steuersenkung vielleicht mehr Industrie hier in Arbon ansiedeln, aber effektiv ausmachen tut das bei 4 % CHF 140'000 für alle Firmen hier in Arbon. Sie können sich jetzt überlegen, wie viele Vollzeitstellen und dann noch hochqualifizierte Vollzeitstellen die Industrie in Arbon mit diesen CHF 140'000 schaffen könnte. Zudem haben wir gerade die BGR-Revision gemacht, da haben wir die Firmen auch schon um etwa CHF 100'000 entlastet. Zumindest die Industriebetriebe, die jetzt weniger Konzessionen bezahlen müssen. Bei den Steuerpflichtigen haben wir 50 %, die von etwa CHF 60 pro Jahr profitieren. Auf der einen Seite sind das die Vorteile für die Bevölkerung, auf der anderen Seite sehen wir jetzt schon wieder die Anträge, die kommen. Wir streichen CHF 14'000, wir haben die Steuersenkung jetzt von CHF 1'047'000 reduziert auf CHF 1'033'000. Ich weiss nicht, ob das am Schluss so wahnsinnig viel bringt. Es wäre für Arbon viel wichtiger, dass wir weitermachen, dass wir vorwärtsgehen und eine schlagkräftige Stadtverwaltung haben, dass wir zum Beispiel Baugesuche schnell bearbeiten können, dass wir in der Stadtbehörde zufriedene Mitarbeitende haben. Ich glaube, das bringt Arbon wesentlich weiter. Und noch zu den Aussichten, wenn man den Finanzplan anschaut: Jedes Budget nach 2022 ist rot. Und wenn man schon glaubt, wie Cyrill Stadler das hofft, dass dann vielleicht reichere Bürger nach Arbon kommen, dann müsste man das ja auch irgendwie im Finanzplan zeigen können und irgendwo aufzeigen können, dass das in Zukunft wieder zunimmt. Der Finanzplan hat auch noch weitere Schwächen. Der Kapitalbedarf am Schluss ist wesentlich zu tief ausgewiesen. Wir würden im Jahr 2026 mit einem negativen Kapitalbestand einsteigen. Wir brauchen CHF 6 Mio. mehr, damit wir die Investitionen, die geplant sind, stemmen können. Deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu, schauen wir, dass wir eine schlagkräftige Stadt mit genügend Finanzen sind. Wenn wir dann in zwei Jahren sehen, es geht gut, können wir die Steuern immer noch um 2 % senken. Eben: Schön langsam, Schritt für Schritt, damit wir eine nachhaltige Zukunft für Arbon haben und nicht jetzt in einer Hauruckaktion die Steuern um 4 % senken.

Felix Heller, SP/Grüne: Wir haben es gehört, die steuerliche Entlastung, die hier vorgesehen ist, würde für die meisten kaum spürbar sein. Spürbar hingegen würde das Loch in unserer Stadtkasse, dass wir mit dieser kurzfristigen Steuersenkung in den nächsten Jahren graben. Spare in guten Zeiten, dann hast du in der Not. Trotz COVID-Krise steht unsere Wirtschaft aktuell sehr gut da, für viele Expertinnen und Experten überraschend gut. Die Not wird aber irgendwann wiederkommen, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Irgendwann wird der Gesundheitskrise eine Wirtschaftskrise folgen und dann werden wir es bereuen, dass kein Geld in der Stadtkasse ist. Dann nämlich, wenn es die Menschen und Unternehmen wirklich nötig hätten, wäre es wichtig, dass wir mit den Steuern runter könnten, damit wir sie dann entlasten können. Das wird dann aber nicht mehr möglich sein, ja im schlimmsten Fall muss sogar dann der Steuerfuss erhöht werden. Die Idee einer antizyklischen Fiskalpolitik kommt übrigens nicht von der SP, sondern von einem liberalen Ökonomen. Ich plädiere dafür, vorausschauend und klug zu handeln, eben antizyklisch, und diese massive Senkung von 4 % aus Gründen der Vernunft abzulehnen und dem massvolleren Antrag unserer Fraktion zuzustimmen.

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Es freut mich natürlich, dass wir gar nicht so weit auseinander sind. Wir sind uns ja einig, dass dieser Steuerfuss der höchste im Kanton Thurgau ist und dass dieser Steuerfuss per se ein Problem ist, sonst müssten wir ja auch nicht 2 % senken. Es hat sich wie ein Mantra in den Köpfen festgemacht und täuschen Sie sich da mal nicht, das durchaus auch bei Leuten, wo der Steuerfuss wirklich überhaupt keine Rolle spielt. Bei jeder Ausgabe, die wir zusätzlich tätigen, kommt fast reflexartig: Eine Stadt, die einen so hohen Steuerfuss hat und so viele Schulden hat, darf doch das nicht tun. Doch, dieser Steuerfuss ist wirklich ein Problem. Da geht es nicht nur um ein paar Reiche oder um die Franken, die hier weniger bezahlt werden müssen und die sich vielleicht nicht mal so bemerkbar machen. Das ist wirklich ein Problem. Dieses Image, ich habe es gesagt, ist wie ein Mühlstein um unseren Hals. Darum muss man sich wirklich einmal die Frage stellen: Wollen wir da etwas ändern? Oder ist das jetzt einfach Schicksal, dass wir das auf immer und ewig so belassen. Nein, das ist es natürlich nicht. Und wir sind im Stadtrat zur Überzeugung gekommen, dass jetzt der Moment ist,

um diesen Schritt zu wagen. Wir haben jetzt drei Jahre hinter uns mit Überschüssen zwischen CHF 4 Mio. und CHF 5 Mio. pro Jahr. Wir werden dieses Jahr einen Überschuss erzielen. Wir haben die Nettoschulden in ein Nettovermögen pro Kopf verwandelt. Wir haben eben keinen Bilanzfehlbetrag. Es geht nicht darum, dass wir auf andere Ortschaften hinunterschauen, aber alle fünf Kennzahlen, die der Kanton Thurgau formuliert, um die Güte eines Finanzhaushalts einer Kommune zu beurteilen, erfüllen wir. Und wir haben keine angespannte Finanzlage. Das stimmt einfach nicht. Wir schwimmen nicht im Geld, das ist so. Es gibt überhaupt keinen Grund, das Geld, wie es auch schon befürchtet wurde, mit beiden Händen aus dem Fenster zu werfen, das tun wir auch nicht. Wir müssen sehr sorgsam umgehen mit unserem Geld, aber da, wo wir Prioritäten setzen, wollen und können wir das auch. Und aus Sicht des Stadtrats muss es jetzt eine Priorität sein, von diesem Steuerfuss herunterzukommen. Und zwar mit einem Schritt, der diesen Namen auch verdient. Und das sind halt 2 % nicht. Entweder machen wir das mit 4 % oder dann lassen wir es sein und verschieben es ganz. Aber ist es dann wirklich ein Verschieben? Oder haben wir in einem Jahr oder zwei Jahren dann neue Bedenken? Letztlich muss man irgendeinmal zum Schluss kommen, es ist uns jetzt so wichtig, dass wir jetzt diesen Schritt machen. Wir meinen, wir können das jetzt gut verantworten. Die Amerikaner sprechen da vom Momentum, die alten Griechen von Kairos. Den Begriff auf Deutsch kenne ich nicht, wahrscheinlich gibt es den gar nicht. Wir meinen, es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diesen Schritt zu wagen und dann schauen wir mal, wie die Zukunft aussieht. Das wissen wir hier drin alle nicht. Dann befassen wir uns wieder mit der Situation, wenn wir dann wissen, wie sie konkret aussieht. Aktuell kann man das verantworten und wir finden aus Sicht des Stadtrats, wir sollten das auch verantworten.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Wir stimmen erst darüber ab, ob wir die Steuersenkung durchführen wollen oder nicht. Anschliessend stimmen wir darüber ab, ob wir die Steuern um 4 % oder um 2 % senken wollen. Dann stimmen wir über den gesamten Antrag der FGK ab.

Lukas Graf, SP/Grüne: Das habe ich nicht verstanden. Es liegt ein Antrag der Fraktion SP/Grüne vor. Müssen wir nicht zuerst über diesen abstimmen? Und falls der abgelehnt wird, dann gibt es keinen Gegenantrag des Stadtrats. Auf den kommt man ja am Schluss nochmals zurück, dann könnte man einfach über die FGK-Anträge abstimmen, wo es um die Erhöhung geht. Aber ich meine, es gibt hier keinen Gegenantrag des Stadtrats. Bei der Schlussabstimmung geht es noch einmal um den Steuerfuss, aber mir wurde gesagt, dass ich meinen Antrag nicht dort stellen kann, sondern ihn hier bei den Gemeindesteuern stellen muss. Deshalb bin ich der Meinung, man sollte zuerst über den 2%-Antrag abstimmen, dann über den FGK-Antrag, der im Übrigen ja unbestritten ist in der Erhöhung selbst, und dann ganz am Schluss stimmen wir über die Steuersenkung 4 % ab.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: In der Schlussabstimmung wird ja nochmals über die Gesamtsumme abgestimmt. Aber wir müssen jetzt eine Gegenüberstellung machen 2 % oder 4 %. Ich hoffe, ihr seid alle damit einverstanden.

Abstimmung

Der Antrag der FGK (Steuersenkung um 4 %) obsiegt mit 18 Stimmen über den Antrag der Fraktion SP/Grüne (Steuersenkung um 2 %) mit 10 Stimmen.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da keine Wortmeldungen zum Antrag der FGK zur Funktion 9100 Gemeindesteuern gewünscht wurden, gilt der Antrag als stillschweigend angenommen.

S. 45 9630 Diverse Liegenschaften des Finanzvermögens

9630.3430.00 Baulicher Unterhalt Grundstücke FV

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Beim baulichen Unterhalt Grundstücke Finanzvermögen haben wir einen Antrag eingebaut, den man wahrscheinlich auch an anderer Stelle hätte einbauen können. Es geht darum, dass wenn man im Bereich der eigenen

öffentlichen Parkplätze bauliche Massnahmen trifft, man auch gerade an Ladestationen für Elektrofahrzeuge denkt. Seien dies nun Zweiradfahrzeuge oder Vierradfahrzeuge, spielt eigentlich gar keine Rolle. Die FGK ist der Meinung, dass man hier seitens Stadt noch etwas mehr tun könnte. Wir haben den Betrag für den baulichen Unterhalt aus diesem Grund von CHF 5'000 um CHF 45'000 erhöht. Damit könnten Ladestationen bei den städtischen Parkplätzen und in städtischen Tiefgaragen wie auch für E-Bikes geschaffen werden. Wir erachten das als sinnvolle Ausrichtung der Stadt Arbon, dass man hier für die Elektromobilität zusätzliche Anstrengungen unternimmt. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Der Stadtrat möchte die Entwicklung in der E-Mobilität auch in Arbon vorwärtsbringen. Wir würden eine Annahme dieses Antrags begrüssen. Unabhängig davon sind wir jetzt schon daran zu prüfen, wo dies in Arbon umgesetzt werden kann.

Matthias Schawalter, SVP: Gibt es bei solchen Ladestationen die Möglichkeit, Gebühren zu erheben? Generieren solche Ladestationen für Autos oder E-Bikes wiederum Geld, das der Stadt zugutekommen wird?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Ja, das ist so, zum Teil werden Gebühren erhoben.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, gilt der Antrag als stillschweigend angenommen.

9630.3439.10 Wasser, Energie, Heizmaterial

Cyrril Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Hier geht es effektiv um einen Tippfehler. Der Betrag im Budget lautet auf CHF 800, war in den Vorjahren immer CHF 8'000. Wir haben das mit der Finanzabteilung geklärt. Das ist tatsächlich so und wir bitten Sie, der Erhöhung auf die ursprünglichen CHF 8'000 zuzustimmen.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, gilt der Antrag als stillschweigend angenommen.

Investitionsplan

S. 3-4 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

6191 Fahrzeugersatz mit E-Fahrzeugen

Peter Künzi, FDP/XMV: Hier ist eine Investition in der Höhe von CHF 300'000 vorgesehen, um das zugegebenermassen in die Jahre gekommene Schneeräumfahrzeug der Stadt Arbon zu ersetzen. Ich stelle hier den Antrag, den eingangs erwähnten Betrag um CHF 140'000 zu kürzen und begründe dies wie folgt:

1. Die heutigen Elektrofahrzeuge haben eine maximale Einsatzdauer von höchstens 8 Stunden – es können auch 6 Stunden sein – und müssen anschliessend während ca. 4 Stunden wieder aufgeladen werden. Dies ist schlichtweg unhaltbar, denn, wenn wir auf den vergangenen Winter zurückblicken, sind die Mitarbeiter des Schneeräumkommandos im Ernstfall darauf angewiesen, mehr oder weniger rund um die Uhr arbeiten zu können, ansonsten wir über längere Zeit mit unfallkritischen Strassen- und Trottoirverhältnissen und dementsprechenden Kommentaren aus der Bevölkerung rechnen müssen.
2. Sicher gäbe es Lösungen, um die unverhältnismässig lange Ladezeit zu verkürzen, aber dann sprechen wir nicht mehr von CHF 300'000, sondern je nachdem von CHF 350'000 oder sogar CHF 400'000. Denn abgesehen davon, dass bereits das nackte Fahrzeug mit CHF 325'000 zu Buche schlägt, müssten für eine Schnellladestation – Ladedauer wäre dann

- noch ca. 1 Stunde – weitere CHF 20'000 bis CHF 50'000, für eine Speicherbatterie sogar weitere CHF 100'000 in die Hand genommen werden.
3. Demgegenüber kostet ein nagelneues, auf dem modernsten Stand der Technik ausgerüstetes Dieselfahrzeug gerade mal CHF 160'000. Dieses Fahrzeug könnte auch weitestgehend von eigenen Mitarbeitern gewartet werden, was bei einem Elektrofahrzeug nicht der Fall wäre. So oder so könnten aber auf jeden Fall rund CHF 200'000 gespart werden und aufgrund der relativ geringen Einsatzstunden pro Jahr für dieses Dieselfahrzeug wäre auch die Umweltbelastung doch einigermaßen vertretbar, um nicht zu sagen vernachlässigbar.
 4. Wenn wir nun diese Investition kürzen, wäre sogar noch eine Zwischenlösung gangbar, nämlich die Beschaffung einer toprevidierten Occasionsmaschine. Damit könnten die nächsten 3, 4, 5 oder sogar noch mehr Jahre überbrückt werden, um dann entweder in ein elektro- oder sogar wasserstoffbetriebenes Fahrzeug zu investieren. Denn wie wir alle wissen, machen in der Technik gerade diese zwei Bereiche Elektro- und Wasserstoffantrieb Jahr für Jahr enorme Fortschritte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass explizit Schneeräumfahrzeuge, und ich spreche bewusst nur davon, im Bedarfsfall zu wenig leisten können, um vergleichsweise viel zu teuer sind. Nun, ich bin bei Leibe kein Gegner der Elektromobilität, ganz im Gegenteil. Denn bei zahlreichen Kommunalfahrzeugen wäre diese Umstellung absolut sinnvoll, finanziell vertretbar und letzten Endes auch zweckmässig. Nicht jedoch im vorliegenden Fall.

Abschliessend vielleicht noch dies: Die Gemeinde Zermatt, Leuchtturm und Vorzeigegemeinde auf dem Gebiet der Elektromobilität, hat sämtliche gemeindeeigenen Fahrzeuge auf Elektroantrieb umgestellt. Man höre und staune, mit einer Ausnahme: Alle Schneeräumfahrzeuge werden bis heute und ausnahmslos mit Diesel betrieben. Warum? Beinahe grenzenlose Verfügbarkeit und Leistungsbereitschaft im Bedarfsfall bei gleichzeitig überschaubaren Kosten. Ich bitte Sie deshalb, stimmen Sie diesem Kürzungsantrag zu und tun Sie damit unseren Mitarbeitern im Schneeräumdienst und selbstverständlich auch der Bevölkerung von Arbon Gutes.

Heidi Heine, SP/Grüne: Der Kanton Thurgau verfolgt eine ganz klare Förderstrategie, die neben der finanziellen Unterstützung auch die breite Information der Bevölkerung zum Thema Elektromobilität umfasst. Schon heute sind die Anreize gross, sich für Elektroautos zu entscheiden, nicht nur in ökologischer, sondern zunehmend auch in ökonomischer Sicht. Wie wollen wir die Stadt der fortschrittlichen Motorenforschung und innovativer Technik sein? Mit der Umstellung von Benzin- und Dieselmotoren auf Elektromotoren setzen wir genau ein Zeichen zur nachhaltigen Mobilität. Ein Schneeräumfahrzeug ist das ja nicht nur, was angeschafft werden soll. Es ist ein Geräteträger, ein Universalfahrzeug, die meiste Zeit im Jahr wird es nicht nur zum Schneeräumen eingesetzt. Ein Schneeräumfahrzeug wird für schätzungsweise mindestens 15 Jahre in Betrieb sein. Bis dann ist ein grosser Teil der Fahrzeuge auf unseren Strassen elektrisch betrieben. Wollen wir dann wirklich als Stadt immer noch mit unseren Benzinern auftreten? Ich finde, wir sollten von der Stadt vorausdenkend und vorbildlich handeln und ein Elektrofahrzeug anschaffen. Bei den Kosten ausschliesslich vom Beschaffungspreis auszugehen, ist in diesem Fall einfach unvollständig. Der Betrieb ist bei batteriebetriebenen Fahrzeugen nämlich markant günstiger. Der Strom ist günstiger als Benzin und Diesel, also ist jeder gefahrene Kilometer günstiger. Der elektrische Antrieb ist simpler als beim Verbrenner, was zu weniger Verschleiss führt. Die Abnutzung der Bremsen ist kleiner und es sind weniger Wartungs- und Reparaturkosten zu erwarten. Gern möchte ich auch die externen Kosten erwähnen, die einfach oft vergessen gehen, und zwar die Lärmemissionen und der CO²-Ausstoss mit den bekannten Umweltfolgen. Unternehmen, die der jungen Generation gegenüber Verantwortung zeigen, leisten heute Ausgleichszahlungen für ihren CO²-Ausstoss, mit welchen zumindest ausgleichende Aufforstungsprogramme getätigt werden. Das ist schön, aber noch besser wäre, wenn wir einfach weniger CO² produzieren. Wir sollten uns der Strategie des Kantons in dieser Sache anschliessen und ein klares Zeichen setzen, in welche Richtung wir uns als Stadt weiterentwickeln wollen. Zuletzt: Ich finde, Zermatt ist nicht ganz vergleichbar mit Arbon, es ist doch eine sehr kurze Zeit,

wie wir voraussichtlich solche Schneeverhältnisse haben. Ich bin sicher, das schafft dieses Fahrzeug. Ich bitte Sie, den Vorschlag der Streichung abzulehnen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Die Mobilität befindet sich im Wandel. Vernetzung und Digitalisierung schreiten voran, neue Mobilisierungskonzepte und Akteure drängen in den Markt, und so verschärfen sich die Zielvorgaben von Emissionsreduktionen im Verkehr. Als zentrales Element dieser Veränderung gilt der elektrische Antrieb, dessen Förderung sollte mittels liberaler Rezepte erfolgen. Für viele von uns war das ein erstmaliges Hören dieser Worte, für die Fraktion der FDP sollte das eine Wiederholung sein. Das steht in eurem Parteiprogramm FDP Schweiz. Ich denke, da steht nicht, wenn es etwas kostet, müssen wir es nicht anschaffen oder wir erzählen nichts zur Elektromobilität. Also ich bin ein bisschen erstaunt, dass genau von der FDP dieser Antrag kommt. Bitte lehnen Sie den Antrag ab, es ist ein wichtiges Zeichen gegen aussen. Der Vergleich mit Zermatt – man hätte auch noch Davos anrufen können oder man hätte Gemeinden im Unterengadin anfragen können, die eventuell schon ein Elektroschneefahrzeug haben, die in unserer Umgebung sind. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Dann noch eine Bitte an die Herren Stadträte: Wenn wir Fahrzeuge anschaffen, was wir in den nächsten Jahren auch machen werden, ein Feuerwehrfahrzeug usw., dann bitte ich Sie, informiert doch die Öffentlichkeit darüber. Zeigt Fotos, macht im Felix einen Bericht, Informationen aus dem Stadtrat, zeigt es den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, für was wir Geld ausgeben. Das ist einfach eine Bitte und ich denke, die ist auch umsetzbar. Die Stadträte nicken schon, das ist schon mal gut. Ich bitte Sie immer noch, den Antrag der FDP abzulehnen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Elektrofahrzeuge machen durchaus Sinn und werden wahrscheinlich die Zukunft sein, ebenfalls alternative Brennstoffe wie bspw. Wasserstoff. Aber zurzeit haben diese Techniken noch Mängel, namentlich lange Ladezeiten. Oder die entsprechenden Brennstoffe wie Wasserstoff und alternative Biotreibstoffe stehen noch nicht zur Verfügung. Dagegen ist es so, dass klassische Verbrennungsmotoren für relativ kurze Zeit grosse Leistungen erbringen und keine Ladezeiten haben. Das hat zur Folge, dass alle Notfallfahrzeuge gemäss meines Erachtens noch während Jahren mit klassischen Verbrennungstreibstoffen im Einsatz sein werden. Stellen Sie sich vor, ein Feuerwehrauto fährt mit einer Wasserpumpe, die elektrisch betrieben wird, weg und hat keinen Stromanschluss. Können Sie dann einem Feuerwehrkommandanten sagen, jetzt muss Pause gemacht werden, wir müssen auftanken? Dasselbe für ein Feuerwehrfahrzeug. Wenn das im Einsatz ist und ein Aggregat betreiben muss, wo es Wasserdruck erzeugt, kann man doch nicht sagen, wir müssen jetzt laden gehen. Kommt dazu, dass solche Notfallfahrzeuge klassischerweise sehr wenige Kilometer machen. Unsere Feuerwehr rangiert alte Fahrzeuge mit wenigen Zehntausend Kilometern aus. Demzufolge ist auch die Umweltbelastung, wenn diese Fahrzeuge im Einsatz sind, relativ tief. Und ein klassisches Beispiel ist es im Militärbereich. Können wir Umweltschutz betreiben bei Fahrzeugen, die lediglich im Kriegseinsatz und Notfällen im Einsatz sind? Kann ein Panzergeneral sagen, Gefechtspause, ich muss meine Panzer laden gehen? Wohl kaum. Kommt noch dazu, dass die Verbrennungsmotoren/Dieselmotoren zurzeit auf einem Blütepunkt ihrer Entwicklung sind. Sie haben sich kolossal verbessert im Verhältnis zu den ersten Dieselfahrzeugen, die verkehrt sind. Und ich glaube, wir haben Sachverstand hier, namentlich auch in der SP, was ein guter Dieselmotor heute leisten kann. Die Firma ist nicht sehr weit von hier und sie weiss wahrscheinlich, wie sehr auf der Blüte der Entwicklung des Dieselmotors jetzt eine Abkehr von Verbrennungsmotoren erfolgt. Das ist hinzunehmen, allerdings nicht in einem speziellen Winkel, den wir jetzt diskutieren, namentlich bei Notfallfahrzeugen, die kurzfristig einzusetzen sind.

Dann noch zum Kompromiss, den Peter Künzi angetönt hat: Es ist so, dass man auch ausweichen könnte auf eine Occasion. Ich nehme an, das wird der Stadtrat machen und eine Occasion mit einem klassischen Verbrennungsmotor anschaffen, worauf man die Entwicklung abwarten kann. Ich meine, es könnte durchaus so sein, wie das Kollegin Heidi Heine vorgeschlagen hat, dass es da Verbesserungen gibt, die wir noch nicht so genau wissen, aber in fünf Jahren sehen wir da besser. Und ich meine, bis dann ist es auch für den Umweltschutz besser, ein klassisches Fahrzeug anzuschaffen und das so gesparte Geld in Sektoren zu

investieren, wo der Umweltschutz dann effektiver ist, und das gibt es zuhauf. Wir haben noch Gebäude, die wärmetechnisch saniert werden könnten. Man könnte dort alternative Wärmeerzeugung installieren, die wesentlich mehr bringen würde, als hier zu erzwingen, dass man als Vorzeigefahrzeug den Schnee mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen räumt. Ich bitte Sie auch aus Umweltschutzgründen, dem Antrag von Peter Künzi zuzustimmen.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Ich habe kein Votum, aber eine Frage an den verantwortlichen Stadtrat. Was mir in diesen beiden Voten von Heidi Heine und von unserer Seite etwas komisch vorkommt: Um was für ein Fahrzeug geht es jetzt genau? Im Investitionsplan ist das wirklich etwas generell gehalten. So wie ich Peter Künzi verstanden habe, geht es nach Abklärung mit dem Werkhof effektiv um ein Fahrzeug, das praktisch nur im Winter eingesetzt wird. Kannst du uns da bitte aufklären? Und die zweite Frage: Ist das ein dringender Ersatz, der sofort passieren muss? Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das so. Ist es schon konkret oder steht das noch weit weg? Informiere uns doch da bitte noch genau darüber, um was es hier geht.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen und den Betrag von CHF 300'000 nicht zu kürzen. Der Stadtrat hat in der Beantwortung des Vorstosses betreffend Förderung Elektromobilität vom November 2019, also schon vor fast zwei Jahren, mitgeteilt, dass die Stadt die Rolle einer Energiestadt, einer Vorbildfunktion einnehmen will. Unter anderem haben wir dort auch explizit erwähnt, dass bei jedem Fahrzeuersatz auch eine elektrische Variante geprüft wird. Nun gut, um was für ein Fahrzeug handelt es sich jetzt?

Mir ist es etwas schleierhaft, dass hier von einem Schneeräumfahrzeug oder praktisch nur von einem Schneeräumfahrzeug gesprochen wird. Wir sprechen hier von einem sogenannten Geräteträger. Das ist ein Universalnutzfahrzeug, welches für ganz verschiedene Sachen gebraucht werden kann, u. a. auch um Schnee zu räumen. Arbon ist ja nicht bekannt als eine sehr schneereiche Stadt, also ist die Chance relativ gross, dass dieses Fahrzeug zu 99 % nicht zum Schneeräumen gebraucht wird. Es ist ein Geräteträger aus dem Jahr 2005 und somit praktisch das älteste Fahrzeug, das wir im Werkhof haben – es ist bald im 17. Lebensjahr. Wir schreiben solch grosse Fahrzeuge innert 15 Jahren ab. Dank der guten Pflege läuft es jetzt noch. Es ist also jetzt noch in Betrieb und wir haben keine Wahnsinnseile. Solange dieses Fahrzeug läuft, wird es auch verwendet und solange auch keine grossen Reparaturen anfallen, können wir dieses Fahrzeug weiter in Gebrauch halten. So wie es heute aussieht, können wir uns etwa ein Jahr Zeit lassen mit der Evaluierung eines neuen Fahrzeugs. Weil wir ja eine Energiestadt sind und auch möglichst bald CO²-frei unterwegs sein wollen, haben wir uns überlegt, wir sind ehrlich, wir budgetieren CHF 300'000 für die Neuanschaffung sogar mit einem E-Fahrzeug. Jetzt ist es so, Stand heute sind diese Fahrzeuge wirklich teurer als die bisherigen Dieselfahrzeuge, allerdings weiss hier im Saal niemand, was Diesel in 10 Jahren kosten wird. Ich gehe davon aus, wenn wir ein nagelneues Fahrzeug kaufen, dass dieses dann mindestens wieder 15, hoffentlich sogar 20 Jahre lang hält. Sie können heute die Weichen stellen, ich möchte eigentlich nicht, dass die Stadt Arbon im Jahr 2037 immer noch mit einem Dieselfahrzeug herumfährt. Im Übrigen ist es so, die Elektrofahrzeuge sind bei den Treibstoff- und Unterhaltskosten günstiger. Ich habe da auch andere Gemeinden angefragt, nicht Zermatt. Man geht nach den ersten Erfahrungen davon aus, dass die Unterhaltskosten für ein Elektrofahrzeug dieser Grösse etwa CHF 7'000 bis CHF 8'000 pro Jahr günstiger sind. Sie können das mal 15 rechnen. Was sicher auch sein wird in dieser Zeit ist, dass es wahrscheinlich neue Batterien braucht, allerdings passieren hier fast schon Quantensprünge bei der Batterieentwicklung. Einerseits sind diese Batterien immer günstiger, andererseits auch immer leistungsfähiger. Also ich kenne niemanden, der 8 oder 9 Stunden am Stück durchpfadet und nie eine Pause macht. Im Übrigen haben wir viele andere Fahrzeuge, die auch pfaßen können. Klar kommt es manchmal vor, dass wir alles, Mann und Maus rekrutieren müssen, wenn ein brutaler Schneeeinfall passiert, wie wir ihn in diesem Frühjahr erleben durften, dann ist es einmal ein paar Stunden lang chaotisch, aber danach beruhigt sich die Situation auch schnell wieder. Und wir im Saal wissen auch, es gibt auch Winter, wahrscheinlich leider zunehmend Winter ohne Schnee in Arbon. Es ist auch ein bisschen wie mit dem Huhn und dem Ei. Wenn diese Elektrofahrzeuge von niemandem gekauft werden, wer soll sie denn herstellen und entwickeln und forschen und verbessern? Wir müssen hier auch die Weichen stellen und

falls es uns gelingt, innerhalb der nächsten 12-13 Monate ein gutes Elektrofahrzeug anzuschaffen, bitte ich Sie, legen Sie uns für die kommenden Winter keine Steine in den Weg.

Rico Baettig, FDP/XMV: Ich glaube nicht, dass wir von der FDP gegen Elektromobile oder gegen die Elektromobilität sind. Ich persönlich fahre selber schon seit Jahren Elektro und bin ein Befürworter davon. Ich habe es etwas mit Lukas Auer. Ich glaube, die Information, um was für ein Fahrzeug es sich handelt, wäre wichtig. Im Budget ist ein Winterfahrzeug für CHF 300'000 budgetiert. Daher sind wir von etwas Falschem ausgegangen. Ich denke, Innovation ist gut, aber nicht um alles Geld der Welt. Von dem her würde ich sagen, man müsste das überprüfen und in Zukunft besser informieren, um was es sich handelt, in was investiert wird, gerade wenn es um solch hohe Beträge wie CHF 300'000 für ein Fahrzeug geht. Das ist wohl für alle Leute ein hoher Betrag.

Arturo Testa, Die Mitte/EVP: Auch ich bin für Umweltschutz, auch ich bin für Elektromobilität, wo sie hingehört und wo sie sinnvoll ist. Auch wenn der Hauptverwendungszweck dieses Fahrzeugs nicht nur der Winterdienst ist, so ist der Winterdienst eigentlich die wichtigste Aufgabe, und die muss gewährleistet sein. Ich weiss, wie lange und wie viel im letzten Winter geräumt wurde, dass drei Tage benötigt wurden, bis die Strassen geräumt waren, weil die Fahrzeuge nicht nachkamen. Und wenn wir dann noch ein Fahrzeug haben, das nicht die geforderte Zeit durchhält, haben wir wirklich ein Problem. Ich sehe hier wirklich die Zukunft nicht zwingend unbedingt nur im Elektrofahrzeug, sondern ich sehe hier die Zukunft – ich beschäftige mich berufsmässig damit – eher mit Wasserstoff. Wasserstoff wird derzeit in der Ostschweiz ausgebaut. Die Firma, in der ich arbeite, baut jetzt zusammen mit einem namhaften Hersteller eine Wasserstoffzentrale. Die ersten Fahrzeughersteller sind schon ein bisschen auf den Zug aufgesprungen, hauptsächlich in Deutschland. Die sehen hier auch das grössere Potenzial, weil wichtige Faktoren wie das Auftanken mit Wasserstoff besser sind als die Ladezeiten. Hier sehe ich schon den Vorteil im Vorschlag von Peter Künzi, dass wir dementsprechend eine Zwischenlösung betreiben könnten und das nochmals genauer betrachten könnten, halt vielleicht nicht nur ein Jahr Zeit ins Land streichen lassen, sondern vielleicht zwei oder drei Jahre. Dann sehen wir, wie weit die Technik ist und – hauptsächlich für mich sehr wichtig – in welche Richtung die Technik für Grossfahrzeuge gehen wird. Ob das Elektromobilität über Batterieantrieb ist oder ob das Elektromobilität über Wasserstoffantrieb ist. Hier jetzt stur darauf zu bestehen, wir müssen jetzt ein Batteriefahrzeug zulegen, das uns dann vielleicht in zwei oder drei Jahren doch nicht so viel nützt, da habe ich ein bisschen Mühe. Da können wir von mir aus gesehen wirklich mit einer Zwischenlösung arbeiten und dann die Technik nochmals neu überdenken. Daher bitte ich Sie, den Antrag der FDP/XMV zu unterstützen.

Peter Künzi, FDP/XMV: Ich fasse mich kurz und nehme nur noch kurz Stellung zu einzelnen Aussagen, die jetzt getätigt worden sind. Ja sicher, es ist ein Geräteträger und wird nicht nur im Winter eingesetzt. Heute wird er aufgrund der geringen Fahrzeugbreite auch dann eingesetzt, wenn enge Kiesstrassen und Kieswege befahren werden müssen. Das verursacht dann Betriebskosten von heute pro Jahr CHF 3'000 mit diesem alten Fahrzeug. Davon entfallen CHF 1'300 auf den Most und CHF 1'700 auf den Service. Da ist es mir schleierhaft, wie ein Elektrofahrzeug CHF 7'000 bis CHF 8'000 weniger kosten soll im Unterhalt. Das aber nur als Randbemerkung. Mir scheint auch ein bisschen, hier soll Vorbildfunktion, koste es, was es wolle, betrieben werden. Eines ist auch klar, das Fahrzeug nackt kostet CHF 325'000, da gibt es Offerten für so ein Fahrzeug. Und das Dieselfahrzeug kostet CHF 160'000. Die Differenz ist einfach mal fix. Und dann noch zum Argument, wir sollten nicht bis 2037 mit Diesel herumfahren, dieser Meinung bin ich auch nicht, absolut nicht. Sondern wir sollten das machen, was Arturo Testa soeben gesagt hat. Wir sollten eine toprevidierte Occasionsmaschine beschaffen, die dann auch den Zweck im Krisenfall bzw. in einem strengen Winter erfüllt. Damit können wir wie erwähnt einige Jahre überbrücken, dann ist die Technologie so weit, dass man auch bedenkenlos möglicherweise elektro- oder wasserstoffbetriebene Fahrzeuge beschaffen kann.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Das ist eine hochspannende Diskussion, die wir hier im Parlament miteinander austragen. Ich möchte wieder daran erinnern, dass wir eigentlich alle dem Stadtrat

immer wieder den Vorwurf machen respektive empfehlen, endlich ein bisschen aktiver zu sein, Vorbildfunktion zu haben. Meiner Meinung nach entwickelt sich in der Tat die ganze Elektromobilität in einem unglaublichen Tempo. Wir haben ganz in unserer Nähe hier ein weltbekanntes Unternehmen, das sich in diesem Bereich beschäftigt. Wir haben in Romanshorn ein weltbekanntes Schweizer Unternehmen, das gerade eine Einheit von der Lenze gekauft hat, das ist die Bucher Hydraulics. Die haben insgesamt 30 hochspezialisierte Ingenieure übernommen, die genau in diesem Bereich hier forschen und vorwärtsmachen. Ich muss euch wirklich sagen, die Innovationskraft in der Schweiz in diesem Bereich ist unglaublich. Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, den Antrag der Streichung abzulehnen. Wieso? Schauen wir doch in die Zukunft, investieren wir gemeinsam in die Zukunft, investieren wir an einem richtigen Ort. Daher glaube ich, sollten wir die Streichung ablehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion FDP/XMV auf Kürzung auf CHF 160'000 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen angenommen.

Finanzplan

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: An dieser Stelle möchte ich mich bei Pascal Büchler für seine Ausdauer bedanken. Die Budgetsitzungen sind keine einfachen, aber die Zahlen liegen jetzt vor. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Es gibt drei Abstimmungen.

Abstimmung 1

Der Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss für das Jahr 2022 um 4 % auf neu 72 % zu senken, wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen angenommen.

Abstimmung 2

Das Budget 2022 der Erfolgsrechnung mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 99'635 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Abstimmung 3

Die Investitionsrechnung 2022 mit Nettoinvestitionen von CHF 4'497'000 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Der Finanzplan 2022-2025 wird zur Kenntnis genommen. Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Gemeindeordnung Art. 7 obligatorisch der Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 28. November 2021 zur Abstimmung unterbreitet. Somit sind wir am Ende von Traktandum 2. Ich danke nochmals Pascal Büchler für die Aufarbeitung der Zahlen und die grosse Unterstützung. Vielen Dank auch an die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete Arbeit.

3. Reglement über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOR) / Änderung Art. 17

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: An der Parlamentssitzung vom 29. Juni 2021 wurde die Teilrevision des Reglements über die öffentliche Sicherheit in 2. Lesung beraten. Im Anschluss hat die Redaktionskommission das Reglement beraten.

Felix Heller, SP/Grüne, Präsident Redaktionskommission: Ich halte mich kurz, ich habe keine weiteren Anmerkungen zum Kommissionsbericht, stehe aber natürlich für allfällige Fragen zur Verfügung. Im Namen der Redaktionskommission bitte ich Sie, der Teilrevision Art. 17 unter Einbezug der redaktionellen Änderung zuzustimmen. Besten Dank für Ihr Vertrauen in die Arbeit der Redaktionskommission.

Abstimmung

Die Revision des Reglements über die öffentliche Sicherheit und Ordnung SOR wird einstimmig angenommen.

4. Einbürgerungskommission, Ergänzungswahl und Wahl Präsidium

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ruth Erat, SP/Grüne ist per Ende Juli 2021 aus dem Stadtparlament und folglich ebenfalls aus der Einbürgerungskommission ausgeschieden. Da sie die Kommission auch präsidierte, gilt es, das Präsidium auch neu zu wählen. Die SP/Grüne schlägt Ihnen Lukas Auer als neues Mitglied der Einbürgerungskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Keine weiteren Vorschläge.

Abstimmung

Lukas Auer wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme in die Einbürgerungskommission gewählt.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Lukas, ich gratuliere dir zur Wahl in die Einbürgerungskommission. Als Präsidentin der Kommission wird Esther Straub, Die Mitte/EVP vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht? – Keine weiteren Vorschläge.

Abstimmung

Esther Straub wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme zur Präsidentin der Einbürgerungskommission gewählt.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich gratuliere Esther Straub und Lukas Auer zur Wahl und wünsche viel Befriedigung bei ihrer Kommissionsarbeit.

5. Redaktionskommission, Ergänzungswahl

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ruth Erat, SP/Grüne war ebenfalls Mitglied der Redaktionskommission, daher gilt es, auch hier eine Nachfolge zu wählen. Die SP/Grüne schlägt Ihnen Lukas Graf vor. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Vorschläge gemacht? – Keine weiteren Vorschläge.

Abstimmung

Lukas Graf wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme in die Redaktionskommission gewählt.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich gratuliere dir zur Wahl in die Redaktionskommission.

6. Ergänzungswahl ins Wahlbüro, Nachfolge für Julia Miller, Die Mitte

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Julia Miller, Die Mitte hat den Rücktritt aus dem Wahlbüro eingereicht. Der Sitz ist neu zu besetzen. Die Partei Die Mitte schlägt dem Stadtparlament Felix Lanz vor.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Ende Juli hat Julia Miller ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro mitgeteilt. Der Grund ist, dass sie Mitte September einen einjährigen Auslandsaufenthalt

angetreten hat. Wir danken ihr für die geleistete Arbeit im Wahlbüro und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg. Die Fraktion Die Mitte/EVP freut sich, Ihnen mit Felix Lanz einen politisch sehr interessierten Bürger ins Wahlbüro zu empfehlen. Felix Lanz lebt mit seiner Gattin Ruth seit 10 Jahren in Arbon und fühlt sich hier wohl. Bereits an seinem letzten Wohnort Bonstetten im Kanton Zürich war er für viele Jahre im Wahlbüro und kennt somit die Abläufe bestens. Es ist ein Wunsch von ihm, auch in Arbon im Wahlbüro mitwirken zu dürfen. Felix Lanz ist regelmässig Gast an unseren Parlamentssitzungen, so auch heute Abend. Felix Lanz, möchtest du dich kurz erheben? Bestimmt habt ihr ihn auch schon gesehen. Ganz herzlich willkommen hier. Wir danken Ihnen, dass Sie Felix Lanz ins Wahlbüro wählen.

Abstimmung

Felix Lanz wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich gratuliere Ihnen zur Wahl ins Wahlbüro und wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrer Arbeit.

7. Stadthofareal Zonenplanänderung und Änderung Baureglement, Bildung einer 7er-Kommission

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese Kommission: Heidi Heine, SP/Grüne, Felix Heller, SP/Grüne, Migga Hug, Die Mitte/EVP, Matthias Schawalder, SVP, Christine Schuhwerk, FDP/XMV, Christoph Seidler, FDP/XMV, Esther Straub, Die Mitte/EVP. Gibt es Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Keine. Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der 7 Kollegen und Kolleginnen in Globo ab.

Abstimmung

Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimmen in die vorberatende Kommission gewählt.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Als Präsident der Kommission wird Felix Heller, SP/Grüne vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht? – Keine.

Abstimmung

Felix Heller wird mit 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen zum Präsidenten der vorberatenden Kommission gewählt.

8. Fragerunde

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich komme mit einem Thema, das wir auf der langen Bank der Stadt Arbon deponiert haben. Es geht um unsere Gemeindeordnung. Im Legislaturplan unserer alten Stadtschreiberin wurde das fixiert, uns wurde gesagt, wir müssen das als Legislaturziel machen. Sie ist jetzt weg und wir haben einen Personalwechsel. Gern möchte ich vom Stadtrat wissen, wie der Fahrplan diesbezüglich aussieht. Können wir bei unserer Gemeindeordnung in dieser Legislatur eine Generalüberholung machen, damit wir im Anschluss auch das Geschäftsreglement des Parlaments überarbeiten können? Mir ist natürlich bewusst, dass man das Geschäftsreglement für das Parlament jetzt schon machen kann, aber wir wollen das sauber regeln. Ich habe drei Fragen.

1. Wie sieht der Zeitplan aus?

2. Wie zufrieden ist der Stadtrat mit der aktuellen Gemeindeordnung?
3. Kann der Stadtrat hier und jetzt uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern das Wort geben, dass die Gemeindeordnung in dieser Legislatur noch behandelt wird?

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Vielen Dank für diese Fragen, die ich gern beantworte. Vielleicht eine Vorbemerkung: Die Revision des Geschäftsreglements für das Parlament ist in meinen Augen völlig unabhängig von der Revision der Gemeindeordnung. Da kann man jederzeit dem eigenen Büro den Auftrag geben, da jetzt vorwärtszumachen. Nur wenn irgendwelche Sachen zuerst in der Gemeindeordnung angepasst werden müssten, damit man das gewünschte Ergebnis im Geschäftsreglement umsetzen könnte, und davon habe ich bisher nichts gehört. Ich nehme nicht an, dass das Parlament abgeschafft werden soll. Dann müsste man zuerst die Gemeindeordnung ändern. Aber sonst kann man da gut vorwärtsmachen. Das hat miteinander in meinen Augen nichts zu tun. Das habe ich hier auch schon mal geäußert. Aber jetzt zu den Fragen:

1. Es ist richtig, die Legislaturplanung sieht die Revision der Gemeindeordnung vor. Wir hatten jetzt einen Wechsel, das ist korrekt. Die neue Stadtschreiberin hat sich jetzt hochmotiviert an diese Aufgabe gemacht und als Erstes einen neuen Projektstrukturplan entworfen. Dieser sieht eine zeitliche Dauer von etwa 3 Jahren vor. Zuerst muss die Gemeindeordnung von einer internen Projektgruppe überarbeitet werden, dann müssen die externen Anspruchsgruppen involviert werden, abgeholt werden, dann wird das Stadtparlament die Gemeindeordnung beraten. Allein diese Phase mit Kommissionsarbeit und verschiedenen Lesungen wird eine rechte Zeit in Anspruch nehmen. Dann gibt es noch die Vorprüfung durch den Kanton und dann die Volksabstimmung. Das ist wirklich eine grössere Geschichte, die halt ein bisschen Zeit braucht. Deshalb der Rat: Wenn das mit dem Geschäftsreglement dringend ist, braucht man da nicht mehr zuzuwarten, sondern kann vorwärtsmachen.
2. Aus unserer Sicht hat sich diese Gemeindeordnung grundsätzlich bewährt. Es besteht hier auch kein Notstand, dass hier Sachen dringend geändert werden müssten. Aber es haben sich Dinge angesammelt, Rückmeldungen aus der Bevölkerung, aus dem Prozess Sag wie, aus dem Parlament und es werden im Lauf des Projekts sicher weitere abgeholt werden können, wo es wirklich Anpassungsbedarf gibt. Aber da können wir das mit der nötigen Ruhe und Seriosität angehen und auch durchführen. Dann gibt es auch eine gefreute Sache.
3. Nein, wir werden in dieser Legislatur das Projekt beginnen, aber sicher nicht zu Ende führen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Austausch Schule und Stadt Arbon: Wir haben in Arbon verschiedene Primarschulbehörden, eine SSG und eine Stadt nebst Kirchen, die Steuern einziehen. Wenn alles gut kommt, wird Arbon den Steuerfuss senken, was ein positives Zeichen gegen aussen ist. Was machen wir aber, wenn die Stadt den Steuerfuss senkt und die Schule den Steuerfuss erhöhen? Wenn wir Pech haben, hat der Steuerzahler und die Steuerzahlerin unter dem Strich nichts gespart. Ich habe folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Hat der Stadtrat einen regelmässigen Austausch mit den verschiedenen Behörden und wie oft pro Jahr?
2. Wenn ja, was sind die Themen, die da besprochen werden?
3. Wenn nein, warum werden solche Gespräche von der Stadt Arbon aus nicht gesucht?
4. Mit was für Körperschaften oder Städten hat die Stadt Arbon einen regelmässigen Austausch?

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte:

1. Vor der Coronapandemie fand zwei Mal im Jahr ein Austausch der Schulpräsidien mit dem Stadtrat statt. Aufgrund der Pandemie ist dieser Austausch 2020 ausgesetzt worden. Jetzt haben wir nach längerer Zeit den Ball wiederaufgenommen, es fand jetzt wieder ein Treffen zwischen dem Stadtpräsidenten und den Schulpräsidenten und der Stadtschreiberin statt. Es ist nun vorgesehen, dass wir das wieder regelmässig tun, denn das ist wirklich ein sehr wichtiger Austausch.
2. Die besprochenen Themen sind sehr vielschichtig. Da geht es zum Teil um Verbundaufgaben, wo wir sowohl von der politischen Gemeinde wie auch von den Schulgemeinden involviert sind. Es geht um die finanziellen Entwicklungen der einzelnen

Gemeinden, es geht um das UNICEF-Label Kinderfreundliche Stadt, es geht um die frühe Förderung, um Gesetzesänderungen und deren Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden, wie die Gesetzgebungsverfahren laufen, wo ich unter Umständen noch Einfluss nehmen kann. Dann ist es ein allgemeiner Informationsaustausch und es geht auch darum, dass man sich persönlich kennt oder noch besser kennenlernt, was ja bekanntlich die Zusammenarbeit auch erleichtert.

3. Diese Frage hat sich erledigt.
4. Wir sind mit den verschiedensten Körperschaften im Austausch. Ich als Stadtpräsident nehme regelmässig an G6-Treffen statt, das sind die 6 Städte im Kanton Thurgau. Ich nehme an den Tagungen des VTG teil, wo regelmässige Veranstaltungen für alle Gemeindepräsidenten durchgeführt werden. Ich nehme am Donnerstag den ganzen Tag am Behördentreffen des Departements für Bau und Umwelt teil, da geht es auch um den Austausch mit den entsprechenden Verantwortlichen der anderen Städte. Dann habe ich natürlich mit den kantonalen Stellen sehr intensiven Kontakt. Ich bin ja bekanntlich Präsident der kantonalen GFK, also des Pendants zu unserer FGK. Da habe ich mit diversen Stellen der Körperschaft Thurgau einen wichtigen Austausch. Dann haben wir auch einen Austausch mit den Kirchgemeinden, die sind teilweise auch dabei. Und wir schauen natürlich auch mit den Kollegen im St. Gallischen, das ist ein bisschen anspruchsvoller, immerhin gibt es die Regio Oberthurgau, wo Steinach auch dabei ist, da natürlich auch wieder alle Gemeindepräsidenten der Oberthurgauer Städte. Aber es gibt ja auch noch das Aggloprogramm, wo auch die St. Galler Kollegen dabei sind, wo es auch Austauschmöglichkeiten gibt. Ich glaube, wir pflegen das wirklich intensiv und das ist auch sehr wichtig.

Rudolf Daepf, SVP: Vor dem Seeparksaal hat es einen Werbeständer. Warum ist dieser Werbeständer schon seit Monaten leer? Wer ist dafür verantwortlich? Könnten ihn auch Luna- und Seeparksaalgäste brauchen? So sieht es nicht einladend aus.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Dieser Werbeträger steht gemäss Saalwart nicht seit Monaten leer, sondern wird seit mehr als 4 Jahren nicht mehr benutzt. Wer ist dafür verantwortlich? Der Werbeträger steht dem Gastronomiebetreiber des Restaurants Panorama zu Werbezwecken zur Verfügung. Die Abteilung FSL wird mit dem Betreiber des La Luna Kontakt aufnehmen und fragen, ob er den Träger überhaupt noch will. Ansonsten werden wir ihn für eigene Zwecke nutzen.

Rico Baettig, FDP/XMV: Förderung alternativer Energien in der Stadt Arbon: Die Schweiz soll bis 2050 keine Treibhausgase mehr ausstossen. Dieses Netto-0-Ziel hat der Bundesrat 2019 beschlossen. Auch der Kanton Thurgau will bis 2030 den Verbrauch fossiler Energie deutlich reduzieren und setzt dabei auf finanzielle Anreize. Dank des Gebäudeprogramms gibt es Fördergelder für energetisch wirksame bauliche Massnahmen. Darauf habe auch ich mich gefreut. Sie merken, es geht um eine Frage in eigener Sache. Die Sache mit den Fördergeldern funktioniert wunderbar, doch da kommt das grosse Aber. In der Stadt Arbon sind die Aufwände und Kosten für das Bewilligungsverfahren derart hoch und kompliziert, dass dies Fragen aufwirft. Beispiel: Das Bewilligungsverfahren für eine Wärmepumpe kostet in Arbon insgesamt CHF 880. CHF 400 Gebühren, CHF 80 Stempelgebühren und zusätzliche CHF 400 Kosten für den Plan. Im Vergleich mit anderen Städten sind diese Kosten sehr hoch. In anderen Städten sind diese Aufwände wesentlich niedriger und teilweise sogar kostenlos – wie etwa in der Stadt St. Gallen. Darum meine konkreten Fragen: Weshalb ist so ein aufwendiges Bewilligungsverfahren notwendig? Der zeitliche Aufwand und die detaillierte Abklärung sind enorm. Es braucht dazu Hilfe eines Profis. Könnte man nicht ein vereinfachtes System einführen, wonach so ein Antrag unkompliziert und niederschwellig bearbeitet werden kann? Wieso sind die Kosten der Bewilligung so hoch? Weshalb sind die städtischen Fördergelder so tief? Ein knappes Prozent der Investitionskosten. Herzlichen Dank für Ihre Antworten. Ich bin der Meinung, dass man so nicht wirklich von Förderung und finanziellem Anreiz sprechen kann. Unter dem Strich eher einer Farce gleicht als innovativer Städteentwicklung mit ehrgeizigen Klimazielen.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Es freut den Stadtrat, wenn immer mehr Leute auf eine umweltfreundliche Heizung umstellen. Warum braucht es ein Baubewilligungsverfahren für eine Wärmepumpe? Das Erstellen einer Wärmepumpe kann Einfluss auf das Nachbargrundstück und auf die Umwelt haben. Dies kann bspw. Lärm sein. Hier müssen wir die Vorgaben der Lärmschutzverordnung einhalten und überprüfen. Dann gibt es auch baurechtliche Abstände, welche einzuhalten sind oder im Fall des Ortsbildschutzes auch die Ästhetik. Im Fall von Erdbohrungen müssen auch zwingend die kantonalen Fachstellen miteinbezogen werden, da beim Bauen eine Gefahr für die Umwelt entstehen kann. Um das zu prüfen, braucht es ein ordentliches Baubewilligungsverfahren. Für die Installation einer Wärmepumpe muss per se professionelle Hilfe in Anspruch genommen werden. Nebst der eigentlichen Heizungsplanung wird meistens vom Fachmann oder von der Fachfrau gleichzeitig auch die Baueingabe gemacht und die allfälligen Fördermittel von Gemeinde zu Gemeinde in Erfahrung gebracht. Ein vereinfachtes Verfahren ist kaum möglich und bräuchte eine kantonale Gesetzesänderung oder zumindest eine Verordnungsänderung. Da die Anzahl der Wärmepumpengesuche gestiegen ist und weiterhin steigt, haben wir zumindest den internen Ablauf für sogenannt einfache Wärmepumpengesuche optimiert, sodass sich die Verfahrensdauer verkürzt. Im Fall von Einsprachen allerdings verzögert sich leider der Baubewilligungsprozess. Das können wir jeweils nicht beeinflussen, hier ist es meistens auch ratsam, wenn man vorher mit der Nachbarschaft das Gespräch sucht, bevor man ein Baugesuch einreicht. Eine einfache Baubewilligung kostet CHF 480 und nicht CHF 880. Die CHF 400 Depot für die Meldekarten, mit denen der Baustart bzw. das Bauende gemeldet werden muss, werden zurückerstattet. Für den Umstieg auf eine Luftwärmepumpe gibt es dafür vom Kanton und von der Stadt insgesamt einen Förderbeitrag von mindestens CHF 4'700, im Fall einer Wärmepumpe mit Erdbohrung mindestens CHF 11'400. Falls die Wärmepumpe an eine PV-Anlage gekoppelt wird, steigt dieser Beitrag sogar und für Mehrfamilienhäuser sind diese Beiträge noch höher. Wir werden im Zuge der Ausarbeitung des neuen Energieförderreglements auch die Höhe der Förderbeiträge anschauen. Wie hoch diese sein können, bestimmt auch ihr und anschliessend auch die Stimmbevölkerung via Budget. Dies hängt davon ab, wie viel Fördergelder zur Verfügung stehen. Heute Abend haben wir bspw. CHF 40'000 für das Budget 2022 eingestellt.

Lukas Graf, SP/Grüne: Wir durften heute über Budget und Steuerfuss separat abstimmen, was auch Sinn macht. Meine Frage an den Stadtrat: Hat die Bevölkerung die gleiche Möglichkeit? Darf sie zwei Mal abstimmen, werden da 2 Kreuze gemacht? Wird das separat erhoben oder nicht?

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Wir haben das intern besprochen und auch mit den Schulgemeinden – eben beim erwähnten Austausch – und sind übereingekommen, dass das nicht geht. Es entspricht auch nicht der Arboner Tradition. Die letzte Steuerfussenkung wurde übrigens nicht 2017, sondern 2009 gemacht. Damals hat man auch nur eine Frage gestellt. Man hat die Arboner gefragt, ob sie dem Budget inkl. der Steuerfussenkung zustimmen. Wir werden es jetzt so formulieren, dass klar ist, wenn man ja sagt, dass eine Steuerfussenkung von 4 % enthalten ist. Warum geht das unserer Meinung nach nicht? Hier im Parlament können wir rechnen lassen und machen und tun, damit wir am Schluss das richtige Budget verabschieden, aber wenn das Volk die Steuerfussenkung verwirft, stimmt einfach das Budget nicht mehr. Das hängt halt zusammen. Ich glaube, da schaffen wir uns mehr Probleme, als dass es hilfreich ist. Das haben die Schulgemeinden auch so gesehen. Jene, die auch Steuerfusspläne haben, in welche Richtung auch immer, werden auch nur eine Frage stellen.

9. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Ich möchte noch zuhänden des Protokolls hier eine Erklärung abgeben. Und zwar wurde im Felix Die Zeitung unlängst ganzseitig gegen die Verlegung der Arboner Stadtmitte von der Altstadt in die sogenannte neue Stadtmitte Stellung bezogen. Ich habe dann da das Gespräch gesucht und habe gesagt, dass das nicht so ist und dass ich das auch noch hier zuhänden des Protokolls, das ist dem Herrn sehr wichtig, erkläre.

Deshalb möchte ich hier zuhänden des Protokolls erklären, dass es beim Stadtrat von Arbon keinerlei Absichten gibt, Arbons Stadtmitte zu verlegen. Das Projekt Stadtmitte ist deshalb folgerichtig auch in Stadthof umbenannt worden. Weiter hat der Stadtrat eine Nutzungsstrategie für die Altstadt erarbeiten lassen, die demnächst vorgestellt werden soll. Diese weist mit verschiedenen Massnahmen auch den Weg, wie die Altstadt wiederbelebt werden könnte. Dem Stadtrat liegt mit anderen Worten die Altstadt, also historisches und emotionales Stadtzentrum, sehr am Herzen.

Dann noch der Hinweis auf wichtige Veranstaltungen: Aufgelegen ist die Einladung für die Parlamentarier, was die Nutzungsstrategie Altstadt und das Tourismuskonzept angeht. Die Öffentlichkeit ist selbstverständlich auch eingeladen, sich über diese wichtigen Papiere aus erster Hand informieren zu lassen. Und zwar die Nutzungsstrategie Altstadt für die Öffentlichkeit am 20. Oktober, 18.30 Uhr im Seeparksaal oder Landenbergsaal, das ist noch offen. Und für das Tourismuskonzept am Donnerstag, 21. Oktober um 18.30 Uhr im Seeparksaal. Dann die Einladung an alle, selbstverständlich auch an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Dienstag 5. Oktober, 19 Uhr Seeparksaal Dialogveranstaltung des Stadtrats über die Legislaturziele. Jeder Stadtrat zieht ganz kurz Bilanz, wo wir stehen, aber vor allem möchten wir das Gespräch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern suchen. Herzliche Einladung.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Wir kommen zum Schluss der Versammlung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die beiden Interpellationen «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» von Lukas Auer, Fabio Telatin, Heidi Heine, alle SP/Grüne und Esther Straub, Die Mitte/EVP und «Förderung Jungwähler/innen» von Daniel Bachofen, Heidi Heine, beide SP/Grüne, Esther Straub, Die Mitte/EVP und André Mägert, Silke Sutter-Heer, beide FDP/XMV wurden mit 8 resp. 21 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen. Die Interpellation «Benchmarking» von Cyrill Stadler, FDP/XMV wurde mit 18 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen. Die Interpellation «Mit dem Velo sicher und komfortabel durch Arbon» von Linda Heller und Cornelia Wetzel, beide SP/Grüne sowie Aurelio Petti, Die Mitte/EVP wurde mit 18 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Wir sind somit am Schluss der heutigen Parlamentssitzung. Diesmal bediene ich mich nicht des Fussballjargons, sondern wie es sich am See gehört, des Seglerjargons. Wir alle am See wissen, was Wendebojen bedeuten. Nachdem der Stadtrat die erste Wendeboje für das Budget 2022 umsegelt hat, hat nun das Parlament die zweite Boje für das Budget 2022 passiert, und nun ist das Budget unterwegs zur dritten und letztlich entscheidenden Wendeboje. Hoffen wir, dass diese Boje am 28. November 2021 erfolgreich umschifft wird.

Ich danke allen für die Ausdauer in dieser Sitzung und ich hoffe, wir sehen uns noch alle im Restaurant für einen Umtrunk und etwas Entspannung. Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut nach Hause. Die Sitzung ist hiermit beendet. Danke.

Ende der Sitzung um 22.30 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Ulrich Nägeli

Nadja Holenstein